

Abonnements-Preise:

Für St. Gallen per Quartal
Bei der Epoch.
Ober Ablagen Fr. 4.80
Ans Haus gebracht Fr. 5.30

Für die Schweiz:
Per Post:
1 mal täglich Fr. 5.80
2 mal täglich Fr. 6.50
Für das Ausland:
1 mal täglich Fr. 18.40

Maturaarbeit

Inseraten-Preise:

Zettelmiete 20 Cts.
Schweiz 30 Cts.
Ausland 40 Cts.
Reflexionspreis 80 Cts.
Chiffrenrate 60 Cts. Zusätzl.
Erhöhter Aufträge Rabatt.

Telephon:
Redaktion +41 79 195 02 85
Geschäftsführer +41 79 195 02 85
Inserate u. Epoch. +41 79 195 02 85

An der interstaatlichen Maturitätsschule für Erwachsene

Die Münchner Räterepublik – Vergleich zwischen der
Berichterstattung einer sozialdemokratischen und einer
konservativen Zeitung unter zeitgenössischen Gesichtspunkten

Verfasser:
Luca Hochreutener

Eingereicht bei:
Tomas Martin

Eingereicht am:
11. Januar 2023



Abbildung 1 Archivrecherche in der Bibliothek Hauptpost



Abbildung 2 Ostschweiz in Mikroform



Abbildung 3 Truppen der roten Garde am Münchner Hauptbahnhof

Inhalt

1	Einleitung	2
1.1	Problemstellung	2
1.2	Fragestellungen	2
1.3	Methoden	3
1.4	Aufbau der Arbeit	3
2	Die Zeitungen.....	4
2.1	Die Volksstimme.....	4
2.2	Die Ostschweiz	4
3	Vergleich zwischen den Artikeln der beiden Zeitungen	5
3.1	Die Telegrammberichte.....	5
3.2	Die kommentierenden Artikel.....	6
3.2.1	Allgemeine Bewertung der Geschehnisse in Bayern	6
3.2.2	Bayern und Deutschösterreich	15
3.2.3	Der Generalstreik	19
3.2.4	Die Abstimmung über die Kriegssteuer	23
4	Fazit.....	25
5	Schlusswort	26
6	Literaturverzeichnis.....	28
7	Abbildungsverzeichnis.....	32
8	Anhang A: Interview mit Christian Koller.....	33
9	Anhang B: Interview mit Mike Meissner.....	35
10	Anhang C: Protokoll	37

1 Einleitung

München ist eine meiner absoluten Lieblingsstädte. Fast jedes Jahr mache ich einen Ausflug in die Hauptstadt des Freistaats Bayern. Ich geniesse jeweils die Bretzel, die Weisswürste und das Bier in den sonnigen Gaststätten. Ein Einkaufsbummel liegt manchmal ebenfalls drin. Einmal besuchte ich sogar ein Spiel des legendären FC Bayern München. Eines unterscheidet mich jedoch von den meisten anderen Touristen und Fussballfans. Nämlich kann ich es jeweils kaum unterlassen, über die unruhige und blutige Vergangenheit dieser Stadt und dieses Bundeslands nachzudenken und mich in die damalige Zeit zurückzusetzen. Eine Zeit, in der Gewalt und Revolution über München herrschten und in Lindau Schiffe mit roter Fahne ablegten, um über den Bodensee in einen Schweizer Hafen zu gelangen. Die Rede ist von der Münchner Räterepublik, die im Jahr 1919 ausgerufen wurde. Es war der Versuch, Bayern in eine sozialistische Republik zu verwandeln.

1.1 Problemstellung

Der Begriff «Kampf der Ideologien» wird meistens mit dem kalten Krieg in Verbindung gebracht. Doch gab es eine Zeit, in der dieser Kampf viel offener ausgetragen wurde. Gemeint ist die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. In vielen Ländern stritt und kämpfte man auf offener Strasse für die eigene politische Weltanschauung. In den Köpfen der Arbeiter loderte das Feuer des Kommunismus, dessen Gegner wiederum stellten sich ihm mit gleicher Hartnäckigkeit entgegen. Auch wenn dieser «Kampf der Ideologien» in seinen Ausmassen von späteren Konflikten überschattet wurde, so ist er nicht weniger spannend.

Die Münchner Räterepublik ist ein Thema, welches im Geschichtsunterricht – wenn überhaupt – nur geringfügig behandelt wird. Allgemein ist die bayerische Revolution des Jahres 1919 nur wenigen ein Begriff und wird selten öffentlich angesprochen. Selbst auf dem offiziellen Landesportal der bayerischen Staatsregierung, wo die Geschichte Bayerns behandelt wird, wird die Räterepublik kein einziges Mal namentlich erwähnt. (Bayerische Staatsregierung)

Deutschland war damals der wichtigste Handelspartner der schweizerischen Eidgenossenschaft. Im Jahr 1918 wurden aus Deutschland Waren im Wert von 619'499'717 Franken in die Schweiz importiert. Die Entwicklungen im angrenzenden Bundesland Bayern dürften demnach zumindest einen indirekten Einfluss auf diese Handelsbeziehungen gehabt haben. (Bureau, 1919)

1.2 Fragestellungen

Wie bereits angedeutet, teilten sich die Schweiz und das Bundesland Bayern damals wie heute eine Seegrenze. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz werden ohne Zweifel von den Geschehnissen mitbekommen haben. Zumal damals eine intensive Kommunikation über den Telegrafen stattfand. Es ist eine naheliegende Vermutung, dass die Schweizer Zeitungen, vor allem jene in den Ostschweizer Kantonen, über diese Revolution berichteten. Wegen der damals noch klar definierten politischen Ausrichtung vieler Blätter ist davon auszugehen, dass sie das Geschehene auch kommentiert haben. Diese Arbeit wird sich mit den beiden Zeitungen *Die Ostschweiz* und *Volksstimme* beschäftigen und behandelt folgende Fragen:

- Wie unterschied sich die Berichterstattung zwischen der sozialdemokratischen Zeitung *Volksstimme* und jener des konservativen Blattes *Die Ostschweiz*?
- Wie gross war damals das Interesse der Ostschweizer Medien an der bayerischen Räterepublik im Jahr 1919, betrachtet anhand der beiden genannten Zeitungen?
- Wie sehr beeinflussten politische Ideologien die Berichterstattung?
- Gab es auch in der Schweiz Bestrebungen zu einer kommunistischen Revolution?

1.3 Methoden

In dieser Maturaarbeit werden die Artikel zweier Ostschweizer Zeitungen mit gegensätzlicher politischer Einstellung untersucht. Die bayerische Räterepublik wurde am 7. April 1919 ausgerufen und bestand knapp vier Wochen. Für diese Arbeit sind deshalb die Ausgaben vom 7. April bis zum 12. Mai 1919 relevant. Im Rahmen der Recherche wurden rund 250 Zeitungsseiten abfotografiert oder gescannt und in einen OneNote-Ordner eingefügt. Anschliessend wurde jede Zeitungsseite einzeln durchgelesen und auf Verweise auf die Räterepublik hin untersucht. Es spielen jene Artikel eine Rolle, die sowohl direkt als auch indirekt mit der Münchner Räterepublik zu tun haben. Mit indirekt ist gemeint, dass die in den Artikeln behandelten Vorgänge bereits vorher im Zusammenhang mit der Räterepublik erwähnt wurden. Entsprechende Ausgaben wurden notiert und im Anschluss an die Untersuchung eine Übersicht mit allen relevanten Artikeln erstellt. Dem folgte eine ausführliche Analyse der Texte. Eine detaillierte Darstellung der Methoden und des ganzen Ablaufs der Erstellung der Arbeit findet sich im Anhang C.

1.4 Aufbau der Arbeit

Auf die Einleitung folgt eine kurze Vorstellung der beiden Zeitungen *Die Ostschweiz* und *Volksstimme* und ihrer Geschichte. Als Nächstes wird kurz auf die Telegrammmeldungen eingegangen, welche damals eine essenzielle Rolle beim Übermitteln von Informationen aus dem Ausland gespielt haben. Der grössere Teil des dritten Kapitels behandelt sämtliche kommentierenden Artikel, in denen die bayerische Revolution entsprechend der Ansichten der Autoren klar beurteilt wird. Dieser Teil besteht aus vier Unterkapiteln, die bestimmte Themenbereiche abdecken. Innerhalb dieser vier Unterkapitel werden einzelne Ausgaben der beiden Zeitungen, nach Datum geordnet, behandelt. Dabei wird zuerst erklärt, was in den relevanten Artikeln geschrieben wurde und was der Inhalt mit der Münchner Räterepublik zu tun hat. Dem folgt eine Interpretation, die deutlich anhand ihrer Umrahmung zu erkennen ist. Sie enthält einen Faktencheck und eine historische und politische Einordnung samt Hintergründen. Im Fazit werden die Erkenntnisse aus dem Hauptteil zusammengefasst.

2 Die Zeitungen

2.1 Die Volksstimme

Die *Volksstimme* war die Parteizeitung der St. Galler Sozialdemokraten. Sie wurde 1911 gegründet und setzte sich in erster Linie für die Rechte der Arbeiterschaft ein.

Die Zeitung war klar links eingestellt und forderte – besonders in der Zwischenkriegszeit – eine soziale, demokratische und wirtschaftliche Revolution in der Schweiz. Den Kommunismus, beziehungsweise Bolschewismus, wie er in Russland praktiziert wurde, lehnte sie ab. Die Revolution in der Schweiz sollte auf demokratischen Reformen basieren und friedlich und gewaltfrei ablaufen. So war die *Volksstimme* als sozialdemokratisches Blatt eine Unterstützerin des Generalstreiks 1918. Auf all dies wird im Laufe der Arbeit noch vertieft eingegangen.

Wie die sozialdemokratische Partei der Schweiz verfolgte auch die *Volksstimme* damals einen stark oppositionellen Kurs. Der Klassenkampf gehörte zum politischen Programm der SP. Auch den Militarismus lehnte sie ab. Erst in den 1930er Jahren, als die nationalsozialistische Bedrohung jenseits des Bodensees wuchs, orientierte man sich diesbezüglich um und befürwortete die Landesverteidigung. Bei der *Volksstimme*, die zu der Zeit aus nur zwei Redaktionsmitgliedern bestand, tat man sich damit aber schwer. Dies führte zu einem kleinen Medienskandal. Es gab mehrere Reklamationen der Armeezensur, die sich an der antimilitaristischen Haltung des Redakteurs Hugo Kramer störte. Nachdem er als Reaktion darauf scharfe Kritik an den Zensurmassnahmen geübt hatte, wurde Kramer von der Presseunion erst gerügt, danach allerdings entlastet. Aufgrund negativer Reaktionen vonseiten der Leserschaft trat Kramer im April 1940 von seinem Posten zurück. (Gunz, 2008)

Ab 1988 hiess die Zeitung «Ostschweizer AZ¹». Die Zeit verging und Parteizeitungen hatten es immer schwerer. Die AZ verlor immer mehr Leserinnen und Leser. Schliesslich wurde die Zeitung im Jahr 1995 aus finanziellen Gründen eingestellt. (Gunz, 2008)

2.2 Die Ostschweiz

*Die Ostschweiz*² war eine katholisch-konservative Zeitung, die im Jahr 1874 gegründet wurde. Damals begann der Kulturkampf zwischen der katholischen Kirche unter Papst Pius IX. und der Schweizer Bundesregierung zu toben. So war sie anfangs noch das Zentralorgan der konservativen Volkspartei St. Gallen, wurde später jedoch zur Parteizeitung der Christsozialen Volkspartei. Bis 1964 erschien die Zeitung zweimal täglich (jeweils ein Morgenblatt und ein Abendblatt) und war klar konservativ und christlich eingestellt. Jedoch war bereits im Jahr 1919 ihr soziales Profil deutlich erkennbar. Zum Beispiel machte sie sich für den Achtstundentag stark und forderte eine Politik, die die Interessen der Arbeiterschaft berücksichtigte. Vor allem katholische Arbeiter, aber auch das katholische Bürgertum waren die Hauptleserschaft der *Ostschweiz*. (Bollinger, 2009)

Nach 1968 war *Die Ostschweiz* nicht mehr das Zentralorgan der Christsozialen, stand der Partei allerdings immer noch nahe. Das Blatt existierte noch bis ins Jahr 1997. Auch ihr Ende erfolgte aufgrund finanzieller Schwierigkeiten. Ihre 20'000 Abonnenten wurden für rund 6 Millionen Franken vom St. Galler Tagblatt übernommen. Einige der Mitarbeiter der *Ostschweiz* wechselten ebenfalls zum Tagblatt. Einer der Bekanntesten war Reto Voneschen, der erst kürzlich in Pension ging. Noch immer lassen sich unter den Redakteuren des St. Galler Tagblatts einige ehemalige *Ostschweiz*-Journalisten finden. (Schmid, 2022; E-Newspaper Archives.ch)

¹ «AZ» steht für «Arbeiterzeitung»

² Nicht zu verwechseln mit dem im Jahr 2018 gestarteten gleichnamigen Newsportal.

3 Vergleich zwischen den Artikeln der beiden Zeitungen

3.1 Die Telegrammberichte

Wenn heutzutage irgendwo auf der Welt ein Anschlag verübt wird, ein Krieg ausbricht oder eine Naturkatastrophe wütet, erfährt das die Öffentlichkeit relativ schnell. Durch das Internet haben sich die Kommunikationswege stark verkürzt. Die Informationen, die Zeitungshäuser oder Onlineportale oft nur wenige Minuten nach dem Geschehen verbreiten, stammen häufig von Nachrichtenagenturen. Ein Beispiel dafür ist die Deutsche Presse-Agentur (DPA). Diese ist weltweit an 87 Standorten vertreten und stellt so einen grossen Teil der Informationsversorgung in den DACH³-Ländern sicher. Solche Agenturen sind aber keine Erfindung der Neuzeit, es gab sie schon im Jahr 1919. Damals wurden die Informationen aber nicht per Internet übermittelt, sondern mit dem Telegraf. (DPA)

«Die Nachrichtenagenturen waren weltweit Akteure, die die telegrafischen Netze zur Verbreitung ihrer Informationen nutzten», schreibt Lisa Bolz in ihrem Artikel «Nachrichtenpräsentation im 19. Jahrhundert» in der Fachzeitschrift «Medien & Zeit». Weiter heisst es: «Die Telegramme wurden im Fließtext hervorgehoben.» Dies ist auch bei den beiden Zeitungen *Die Ostschweiz* und *Volksstimme* der Fall. Der Vermerk «Wolff.» zu Anfang eines Artikels (vgl. Abbildung 4) bedeutet, dass es sich um eine Telegrammmeldung der Agentur «Wolffs Telegraphisches Bureau» handelt. (Bolz, 2020)



Abbildung 4 Agenturmeldung

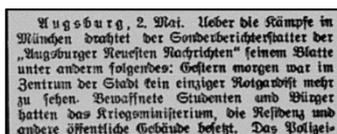


Abbildung 6 Telegrammmeldung

In den meisten Fällen verzichtete man aber auf solche Vermerke und schrieb lediglich die Ortschaft, aus der das Telegramm abgeschickt wurde, samt Datum auf (vgl. Abbildung 5). «Solche Meldungen ohne Vermerk stammen ebenfalls von Agenturen, waren aber häufig so kurz, dass sie in der Redaktion für die Leserinnen und Leser zu einem verständlichen Text umgeschrieben werden mussten», schreibt Medienwissenschaftler Mike Meissner von der Universität Freiburg auf Anfrage. Auch wurden nicht selten Artikel aus deutschen Zeitungen übernommen. *Die Ostschweiz* bediente sich zum Beispiel oft an ganzen Beiträgen der «Frankfurter Zeitung» (vgl. Abbildung 6). Dies war damals laut Meissner Gang und gäbe, auch wenn diese Praxis nicht unbedingt legal war, wie er schreibt: «Zitate sind grundsätzlich frei, sofern die Quelle benannt ist. Nicht erlaubt, aber auch nicht selten, war der komplette Abdruck von Beiträgen.» Dabei beschränkten sich die *Volksstimme* und *Die Ostschweiz* nicht nur auf Blätter, die ihnen politisch nahestanden. So zitierte die *Volksstimme* zum Beispiel den unpolitischen «Frankfurter General-Anzeiger»⁴ oder *Die Ostschweiz* die sozialistische Zeitung «Vorwärts».⁵ Der Grund dafür, laut Meissner: «Ausländische Zeitungen waren häufig die einzigen frei zugänglichen Informationsquellen.» Weil der Wert der Information wichtiger war als die politischen Interessen der ausländischen Blätter, habe man darüber hinweggesehen. Diese Übernahmen waren meistens jedoch frei von jeglicher politischen Färbung; sie lesen sich ähnlich wie Telegrammberichte. Aufgrund dieser Tatsachen werden Artikel, die nur der Berichterstattung dienen, im weiteren Teil dieser Arbeit nicht ausführlicher behandelt. Untersucht man die Zeitungen auf ideologische Einflüsse, sind sie bedeutungslos. Nichtsdestotrotz ist es wichtig zu wissen, woher die Informationen überhaupt stammen, auf die sich die Redakteure in den weitaus interessanteren, kommentierenden Artikeln beziehen.

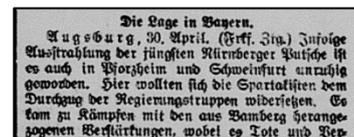


Abbildung 5 Übernahme

³ Deutschland, Österreich und Schweiz

⁴ *Volksstimme*, Nr. 87, 12. April 1919, Seite 2

⁵ *Die Ostschweiz*, Nr. 98, 28. April 1919, Morgenblatt, Seite 2

3.2 Die kommentierenden Artikel

3.2.1 Allgemeine Bewertung der Geschehnisse in Bayern

Am 7. April 1919 beginnt die Revolution. An den Plakatwänden auf den Strassen Münchens hängt die Proklamation der bayerischen Räterepublik. Scharen von Arbeitern ziehen durch die Strassen, um die Ausrufung ihres vermeintlichen sozialistischen Paradieses zu feiern. Der Text der Proklamation erreicht schon bald die Ostschweizer Medienhäuser. Sie wird sowohl in der *Ostschweiz* als auch in der *Volksstimme* abgedruckt. Es dauert einige Tage, bis die Redakteure das Geschehene kommentieren. (Schaupp, 2018)

3.2.1.1 Volksstimme

15. April 1919, Seite 1

Vonseiten der *Volksstimme* gibt es erst in der Ausgabe vom 15. April 1919 einen klaren Kommentar. Zu dem Zeitpunkt war die erste Räteregierung bereits gestürzt. Anfangs waren es anarchistische Intellektuelle wie die Schriftsteller Ernst Toller und Erich Mühsam, die an der Spitze der Räterepublik standen. Am 13. April 1919 unternahm die rechtmässige bayerische Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD⁶) einen militärischen Putsch gegen die Räteregierung, jedoch schlug dieser fehl. Nachdem die kommunistische Partei geholfen hatte, den Regierungsputsch zu verhindern, beanspruchte sie die Macht in Bayern für sich und führte die Räterepublik nach eigenem Ermessen fort. Dies hinderte Ministerpräsident Hoffmann nicht, in einem Telegramm seinen Sieg zu verkünden. Die Meldung wurde von der *Volksstimme* übernommen. «Räterepublik schon wieder gestürzt», schreibt sie. Allerdings bringt das Blatt gleich seine Skepsis zum Ausdruck: «Wenn die Räteregierung nur ein Kartenhaus war, warum sind die rechtmässigen Regierungshelden so schnell aus München geflohen?», fragt die Zeitung. (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2019)

Aus heutiger Sicht ist diese Frage gerechtfertigt. Die Tatsache, dass die Räterepublik danach noch vier Wochen aufrechterhalten werden konnte, beweist, dass der Ministerpräsident die Stärke der Kommunisten zunächst unterschätzt hat. Zumal die Räterepublik zu dem Zeitpunkt noch gar nicht gestürzt war, wie in der Regierungsmitteilung behauptet. (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2019)

Zum Schluss schreibt die *Volksstimme*: «Nicht München und nicht Bayern werden aufatmen, sondern viel mehr die Hoffmann-Regierung, deren Existenz so leicht gefährdet werden konnte.» Dass die Räterepublik (vermeintlich) gestürzt wurde, habe also nicht zwangsläufig Vorteile für Bayern, sondern eher für die Regierung Hoffmanns.

Diesen Satz könnte man so verstehen, als spreche die *Volksstimme* der gewählten Regierung die Legitimation ab oder stelle sie auf eine Ebene mit der Räteregierung. Womöglich war dies also eine Sympathiebekundung.

25. April 1919, Seite 2

Zehn Tage später schätzt die *Volksstimme* die Revolutionäre ein weiteres Mal als sehr wehrhaft ein. «Auf alle Fälle ist sicher, dass die Münchner Räterepublik sich nicht so schnell beseitigen lässt, wie verschiedene Meldungen bereits glauben machen wollten.» Die partikularistisch veranlagten Bayern würden sich verletzt fühlen, dass württembergische und hessische Truppen in Bayern einmarschierten. Zu der Zeit wurde die Räteregierung nämlich bereits von Reichswehrsoldaten und rechtsautoritären militärischen Freikorps bedroht, geschickt von Reichswehrminister Gustav Noske. Das Ziel jener Truppenverbände war es, die kommunistische Räterepublik zu zerschlagen. «Das hat den Räteanhängern nur neue Werbekraft gegeben und es bleibt als sichtbarer Beweis bestehen, wie wenig

⁶ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

die Reichsregierung mit der Mentalität des bayrischen Volkes rechnet oder wie wenig sie sie kennt», schreibt die *Volksstimme*. (Thoß, 2012)

Dass die Räterepublik nicht so einfach zu beseitigen sei, wie ganz zu Beginn angenommen, ist richtig. Am 16. April 1919 beispielsweise gelang es ihr, die Regierungstruppen in Dachau zurückzuschlagen. Später gab es in den grösseren Städten Bayerns wie Augsburg und München intensive Kämpfe. Besondere Erfolge konnte die Räteregierung ab Mitte April 1919 allerdings keine mehr erzielen. Ab Ende April mussten die Kommunisten schliesslich eine Niederlage nach der anderen einstecken. Gegen die Übermacht von Reichswehrsoldaten und Freikorps hatten sie keine Chance. (Grau, 2006)

1. Mai 1919, Seiten 2 und 3

In der Zeitung vom 1. Mai, dem Tag der Arbeit, stehen einige Zeilen, die als Verweis auf die Räterepublik verstanden werden können: «Rings um uns tobt ein harter Kampf zwischen Macht und Recht. Vom Osten kommend, wälzt sich der Sturm daher, ungestüm sich Bahn brechend, niederreissend das morsche Gebäude der heutigen Wirtschaftsordnung.»

Die russische Oktoberrevolution von 1917 lag zu dem Zeitpunkt nicht weit zurück. In Ungarn versuchten Revolutionäre ebenfalls eine Räterepublik zu errichten. Die bayerische Räterepublik wurde als weitere Konsequenz der Russischen Revolution verstanden, die schlussendlich in der proletarischen Welt-diktatur münden sollte⁷. Ob die *Volksstimme* diese Idee unterstützte oder ablehnte, wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels geklärt. (Marx & Engels, 1890; Koenen, 217)



Abbildung 7 Front der *Volksstimme* zum 1. Mai 1919

Auf der Seite 3 dieser Ausgabe wird es ein wenig bizarr. Zu dem Zeitpunkt waren die Befreiungstruppen bereits bis nach München vorgerückt. Die von der kommunistischen Räterepublik aufgestellte Rote Armee aus Münchner Arbeitern war ihnen zahlenmässig weit unterlegen. Doch schreibt die *Volksstimme*

⁷ Die Verbindung zu Russland kommt nicht von ungefähr. Wort «Räte» bedeutet auf Russisch «Sowjet».

an jenem Tag: «Das eine scheint sicher zu sein, dass die Regierung der Räterepublik ihre Lage eher verbessert hat.» Im gleichen Artikel schreibt die *Volksstimme*, aus München erreichten sie widersprüchliche Berichte.

Diese Fehleinschätzung dürfte auf mangelnde Informationen zurückzuführen sein. Dazu sagt Matthias Bischel, Historiker am Ludwig-Maximilians-Universität in München, auf Anfrage: «Die Berichterstattung aus München war damals eingeschränkt. Die Räteregierung verhängte eine starke Pressezensur.» (Bischel, 2019)

6. Mai 1919, Seite 2

Eine eindeutig ideologische Färbung hat hingegen der nächste Artikel in der Ausgabe vom 6. Mai 1919. «Das uns St. Gallern früher so leicht erreichbare München, die schöne süddeutsche Bier- und Kunststadt, die einen internationalen Ruf der Gemütlichkeit besass, ist seit einigen Wochen recht ungemütlich geworden.» Hier zeigt sich, welches Bild die Ostschweizer Bevölkerung von Bayern hatte, welches sich vom heutigen scheinbar nur wenig unterscheidet.

Von intensiven Kämpfen, die inzwischen gar in einem Bürgerkrieg ausarten, schreibt man weiter. Abgeschlossen wird der Artikel mit den Worten: «Da sieht man die zerstörenden Wirkungen des Krieges. Auch das ist unter Kriegselend zu buchen.»

Diese Passage legt unmissverständlich die oberste Maxime der Zeitung offen, nämlich dass sämtliche Unruhen, die von der Arbeiterschaft verursacht werden, nur eine Reaktion auf die ungerechten Wirtschaftsverhältnisse oder, wie hier, die Folgen des Krieges, sind. Einfacher ausgedrückt: An Revolutionen sind nicht die Arbeiter schuld. Dies erkennt man auch am nächsten Artikel vom 7. Mai 1919.

7. Mai 1919, Seite 1

In einem grossen Leitartikel auf der Front, mit dem Titel «zur Einheit», wird vor einer Zersplitterung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gewarnt. Die Partei habe eine «zielklare und unzweideutige Politik nie nötiger gehabt als heute.» Es wird der Vergleich mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gezogen. Ein Teil jener Partei spaltete sich im Ersten Weltkrieg nämlich ab und nannte sich fortan «Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands» (USPD). Der Grund war unter anderem, dass ein grosser Teil der SPD-Fraktion 1917 im Parlament für die Kriegskredite gestimmt haben. «So blieb einem Grossteil, und zwar dem besseren Teil dieser Arbeiter und Sozialdemokraten, gar nichts anderes mehr übrig, als sich von dieser Partei zu trennen», schreibt die *Volksstimme*. Die Führungsriege der ersten Räterepublik bestand zum Teil aus mehreren USPD-Politikern, ein Beispiel wäre der Schriftsteller Ernst Toller. Die Kommunisten, die die Macht in Bayern später an sich rissen, seien wiederum eine Absplitterung von der USPD gewesen, schreibt die Zeitung. Das Resultat wären Strassenschlachten und weitere Gräueltaten, wie sie in München geschehen. Die Schuld daran trage die deutsche Mehrheits-SPD. Sie hätte die Sozialdemokratie verraten, sich mit den bürgerlichen Parteien verbündet und sei deshalb für die Zersplitterung, und somit auch für die bürgerkriegsähnlichen Zustände verantwortlich. Diese Ereignisse hätten jedoch mit Sozialismus nichts zu tun und seien eine neue Sorte Militarismus, den die *Volksstimme*, wie bereits erwähnt, ablehnt. (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2019)

Mit diesem Beispiel will die *Volksstimme* die Schweizer SP ermahnen, einheitlich aufzutreten. Dies sei momentan nämlich nicht der Fall. «Das liegt nicht an der Partei und nicht an ihren Führern, sondern in den unseligen wirtschaftlichen Verhältnissen, die der Kapitalismus geschaffen und der verfluchte Krieg noch so sehr verschärfte.» Wieder weist man die Schuld von sich und den Arbeitern und macht den Kapitalismus für die «fehlgeleiteten» SP-Mitglieder verantwortlich.

Weiter unten schreibt die *Volksstimme*, dass es auch bei den Sozialdemokraten Leute gebe, die mit dem Rätssystem sympathisieren und eine Diktatur des Proletariats errichten wollten. Zu bestätigen scheint dies ein Zitat eines «Genossen Schneider» in der Basler SP-Zeitung «Vorwärts»⁸, in dem er fordert, dass sich die ganze Partei zum Kommunismus bekennt. «Da müssen wir [...] sagen, dass wir nicht glauben, dass eine Mehrheit der sozialdemokratischen Partei für dieses Ziel zu haben ist», schreibt die *Volksstimme* als Reaktion darauf. Sie werde dafür kämpfen, dass sich die SP nicht auf diesen Weg begibt, der zum Selbstmord der Partei und zur Ohnmacht der Arbeiterschaft führen werde. Die Ereignisse in Bayern würden zeigen, zu welcher Katastrophe dies führe. Anstatt der Kampf für eine höhere Gesellschafts- und bessere Wirtschaftsordnung geführt werde, bekämpften sich bayerische, württembergische und preussische Proletarier gegenseitig. Die Opfer wären unnötig. Der Grund dafür sei die fehlende Einigkeit der Arbeiter. «Sorget dafür, dass das Gros der Partei nicht in jene Fehler verfällt, dem die deutschen Genossen in so grosser Zahl zum Opfer fielen», schreibt das Blatt. Die *Volksstimme* unterstütze stattdessen die Schaffung einer wirklichen, unverfälschten, sozialen und gerechten Demokratie und verurteile den Bolschewismus.

1914 stimmte die deutsche SPD im Reichstag für die Kriegskredite. Es war eine politische Zäsur. Dies tat sie aber nicht, weil sie den Angriffskrieg Deutschlands guthiess. Vielmehr wurde auch sie, samt ihren Wählerinnen und Wählern, Opfer der deutschen Reichspropaganda, die vor einem Angriff Russlands warnte. Die Mobilmachung gelte nur zur Verteidigung, hiess es damals. Während des Ersten Weltkriegs wandelte sich die SPD nur langsam zur Kriegsgegnerin. Für eine den Frieden anstrebende Partei kam dies, laut einigen Mitgliedern, zu spät. Weshalb sie sich abspalteten und die USPD gründeten. Auch wenn ihre damalige Politik zur Teilung der Sozialdemokratie geführt hatte; dass die SPD deshalb schuld war an den Massakern in München, wie die *Volksstimme* schreibt, ist arg weit hergeholt. Die Argumentation ist aus Sicht der *Volksstimme* aber deshalb nachvollziehbar, weil sie trotz Kritik an Vertretern der SP, niemanden zum Parteiaustritt aufgefordert hatte, nicht einmal den «Genossen Schneider», der in diesem Artikel zitiert wird. Ihr lag es offensichtlich an der Einheit der Linken, auch wenn Teile davon womöglich radikale Positionen vertraten. Ein wichtiges Detail in diesem Artikel ist, dass die *Volksstimme* diesen Umstand offen benennt, statt ihn vor der Bevölkerung abzustreiten. (Traub, 2013)

Des Weiteren wird beim Lesen dieses Artikels deutlich, dass die St. Galler Sozialdemokraten nichts von der Errichtung eines Rätessystems hielten. Die *Volksstimme* stellt unmissverständlich klar, dass sie keine bolschewistische, sondern im wörtlichen Sinne *Sozialdemokratische* Zeitung war. Allerdings war der Hauptgrund für die Ablehnung kein sehr nobler. Das Rätssystem sei keine bewährte Idee, schreibt die *Volksstimme*. Eine Revolution dürfe nämlich einige Opfer kosten, jedoch, nur wenn sie sich auch wirklich dafür eigne, eine gerechtere Ordnung zu erschaffen. Auch die «noch so grosse politische Unreife des schweizerischen Proletariates» sei in der Hinsicht nicht erfolgversprechend. Es wirkt, als wollte die *Volksstimme* nicht eindeutig gegen den Kommunismus Stellung beziehen. Stattdessen wird in diesem Artikel nur bedauert, dass sich Proletarier in München gegenseitig bekämpfen. Die zivilen Opfer der Revolution⁹ werden nicht explizit erwähnt. Dieser Umstand nimmt noch skurrilere Züge an, wenn man sich fragt, was die Zeitung geschrieben hätte, wenn die Münchner Kommunisten erfolgreich gewesen wären. Zu dem Zeitpunkt war die Räterepublik nämlich bereits am Ende. Die Weissgardisten hatten die Stadt München eingenommen. (Bischel, 2019)

12. Mai 1919, Seite 1

Die Novemberrevolution, die die Deutschen ohne Blutvergiessen zustande gebracht hätten, sei der Auftakt einer blutigen Revolutionsserie gewesen, schreibt die *Volksstimme* am 12. Mai 1919. Wieder wird bedauert, dass sich Sozialisten gegenseitig bekämpfen. Diesmal sind damit die sozialdemokratische Hoffmann-Regierung und die Revolutionäre gemeint. Die Gewaltpolitik Letzterer lehne man ab, sie sei

⁸ Nicht zu verwechseln mit der in Kapitel 3.1 erwähnten deutschen Zeitung

⁹ Wie der Münchner Geiselmord vom 30. April 1919. (Bischel, 2019)

kein legitimes Mittel zur Revolution und das Resultat aus viereinhalb Kriegsjahren. Eine solche Revolution sei der Selbstmord der Arbeiterschaft.

Damit nimmt man wieder eine andere Haltung ein¹⁰ als im letzten Artikel, in dem man der Gewalt nicht ganz abschwor, wenn sie zur Erreichung eines höheren Ziels diene. Dies ist aber womöglich auf die verschiedenen Ansichten der einzelnen Redakteure zurückzuführen. Wie der letzte Beitrag befindet sich dieser auf der Front. Medienwissenschaftler Mike Meissner sagt: «Der Leitartikel auf der ersten Seite ist stets als Kommentar zu verstehen.» So können sich gewisse Artikel in ihren Standpunkten unterscheiden, auch wenn sie nicht klar als Meinungsartikel gekennzeichnet sind.

3.2.1.2 Die Ostschweiz

Im Gegensatz zur Volksstimme hielt sich Die Ostschweiz nicht zurück, wenn es um die bayerische Räterepublik ging. Zwar lehnte die Volksstimme, wie in den vorherigen Absätzen deutlich wurde, die Räterepublik ab und bedauerte die sinnlosen Opfer, doch ging Die Ostschweiz um einiges härter mit ihr ins Gericht. Während es das Thema bei der Volksstimme innerhalb des Untersuchungszeitraums nur vier Mal auf die Front schaffte, war dies bei der Ostschweiz deutlich häufiger der Fall. Zum ersten Mal am 8. April 1919. Die gelb markierten Stellen auf der Abbildung 8 handeln von der bayerischen Räterepublik.



Abbildung 8 Beispiel für eine Front der Ostschweiz

Die Panik vor der «bolschewistischen Weltrevolution» ist in dieser Zeitung omnipräsent. Das «fromme Blatt», wie es von der Volksstimme in einigen Beiträgen ironisch genannt wird, sah in den Sozialdemokraten ihren grössten politischen Feind.

¹⁰ So auch in den Ausgaben Nr. 90 (S. 1) und Nr. 100 (S. 2),

11. April 1919, Abendblatt, Seiten 1 und 2

In einer Auslandsrundschau im Abendblatt kommentiert *Die Ostschweiz* die Ereignisse in Bayern recht deutlich. Der Artikel wurde geschrieben von einer Person, die von der Zeitung als «unser einstiger militärischer U.-Mitarbeiter» betitelt wird. In dem Artikel wird die deutsche SPD-Regierung unter Philipp Scheidemann¹¹ kritisiert, die angeblich keine der in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnte. Ihre Macht reiche nicht über das gesamte Reich, weshalb man in den Orten «das täte, was einem zweckmässig erscheint» (wie in Bayern). Der Autor befürchtet durch die Instabilität eine Reaktion der politisch Linken. Das bolschewistische Gedankengut sei mittlerweile so stark in der Arbeiterschaft verankert, dass es sich durch Vernunft nicht austreiben liesse. «Hier wird nur die bittere Erfahrung belehrend wirken können», schreibt das Blatt. Dies werde sich am konservativen Bayern zeigen, das sich nur aufgrund der politischen Unübersichtlichkeit in die Revolution gestürzt habe. Der Autor empfiehlt, die Räterepublik sich selbst zu überlassen und ihr beim Untergang von aussen zuzuschauen. Am Beispiel Ungarns, wo rumänische Truppen die Räterepublik bekämpften, könne man erkennen, dass fremde Eindringlinge die Bevölkerung gegen sich aufhetzen könnten.

Ob er mit dieser Einschätzung richtig lag oder nicht, ist im Nachhinein schwer zu sagen. Fakt ist jedoch, dass die Räterepublik tatsächlich grossen innenpolitischen Problemen gegenüberstand. Auch gab es unter den Führungspersonen viele Konflikte bei der Kompetenzverteilung. «Es war von vorneherein kaum damit zu rechnen, dass sich die territorial isolierte "Räterepublik Baiern" auf Dauer behaupten könnte», schreibt Historiker Matthias Bischel in einem Artikel über die Räterepublik. (Bischel, 2019)

Weiter schreibt *Die Ostschweiz*, dass sich die Räterepublik nur in industriellen Zentren Bayerns behaupten könnte, auf dem Land jedoch nicht.

Das ist richtig. Nur Augsburg und München hielten der Bedrohung von aussen bis zuletzt stand. Die bayerischen Bauern sorgten sogar für eine Lebensmittelknappheit in den beiden Städten, indem sie ihre Lieferungen einstellten. Wobei dies weniger freiwillig, sondern auf Befehl des Ministerpräsidenten Hoffmann geschah. (Bischel, 2019; Bayern 2, 2018)

Weiter unten wird an der gegenwärtigen Scheidemann-Regierung das gelobt, was von der *Volksstimme*¹² kritisiert wird. Sie halte sich mit neuen, reformerischen Gesetzen nämlich weitestgehend zurück, weil sie deren Einhaltung ohnehin nicht gewährleisten könne.

Mit der Einschätzung, die Regierung Scheidemann habe im Chaos regieren müssen, hat *Die Ostschweiz* recht. Der Spartakusaufstand und bewaffnete Kämpfe in Berlin, die Ermordung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und später Kurt Eisners, der Generalstreik im Ruhrgebiet und schliesslich die Münchner Räterepublik; 1919 war in Deutschland einiges los, womit die Regierung zu kämpfen hatte. Doch nicht dies, sondern seine Verweigerung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags zwang Philipp Scheidemann im Juni 1919 schliesslich zum Rücktritt. (Weimarer Republik e.V.; Albrecht, 2014)

Weiter wird im Artikel auf die Gefahr einer Bolschewisierung Deutschösterreichs eingegangen, womit sich diese Arbeit in einem späteren Kapitel beschäftigt.

14. April 1919, Morgenblatt, Seite 3

Dass *Die Ostschweiz* ein christlich-soziales Blatt war, zeigt sich an dem Artikel mit dem Titel «Am Webstuhl der neuen Zeit». Wie die Sozialdemokraten bedauert der Autor die ungerechte Wirtschaftsordnung und das Elend nach vier Kriegsjahren, bezichtigt die Sozialdemokratie jedoch des Versuchs, das Elend der Menschen auszunutzen für eine bolschewistische Weltrevolution. «Aber nicht die Sozialisten werden die Arbeiter glücklich machen, [...] nur eine einzige Theorie ist imstande, eine

¹¹ Scheidemann rief am 9. November 1918 die Weimarer Republik aus

¹² *Volksstimme*, Nr. 105, 7. Mai 1919, Seite 1

dauernde Besserung zu bewirken [...], die christliche Sozialtheorie.» Um die Revolution wie in Bayern zu verhindern, müsse man eine bessere Sozialpolitik verfolgen und auf eine Welt hinarbeiten, die weder liberal noch kapitalistisch funktioniere.

In ihren Zielen unterschied sich die Zeitung also nicht erheblich von den Sozialdemokraten, die sich im Jahr 1919 bereits vom Marxismus verabschiedet hatten, auch wenn bis 1921 noch einige Radikale in der Partei blieben. An eine Annäherung dachte man aber offensichtlich nicht. Zu tief waren die politischen Gräben. (Geschichte der sozialen Sicherheit in der Schweiz, 2014)

15. April 1919, Abendblatt, Seite 1

Nun geht auch *Die Ostschweiz* auf den Sturz der ersten Räterepublik ein, und zwar im Leitartikel in der Mitte der Frontseite. Der Titel «In die Irrenanstalt verbracht» zeigt, was das konservative Blatt von dem Politexperiment in Bayern hält. Es geht dabei um den Aussenminister der Räterepublik, Dr. Franz Lipp. Dieser sei seines Amtes enthoben und in eine «Irrenanstalt» gebracht worden. Darüber amüsiert sich der Autor des Artikels. Lipps Einweisung in die Irrenanstalt wird als Analogie auf die gesamte Idee des Sozialismus verwendet. Führende Köpfe der Räterepublik seien eingesperrt worden oder auf der Flucht. Kommunistenführer Eugen Leviné sei mit viel Geld aus der Staatskasse in die Schweiz geflüchtet.

Franz Lipp wurde das Amt des Aussenministers ohne Eignungsabklärung übertragen. Schnell wurde klar, dass der Mann nicht zurechnungsfähig ist. Am deutlichsten zeigte sich seine Geisteskrankheit, als er der Schweiz den Krieg erklärte, weil sie ihm keine 65 Lokomotiven ausliefern wollte.¹³ Er wurde angeblich auf Geheiss von Ernst Toller in eine Psychiatrie überführt. Andere Quellen sagen, er sei vorher von einer SPD-nahen Miliz verhaftet worden. Fakt ist, dass bereits Toller seine Geisteskrankheit erkannte und ihn zum Rücktritt zwang. (Kellerhoff, 2022)

Dass Leviné sich in die Schweiz abgesetzt haben soll, wie in dem Artikel behauptet, lässt sich auch nach intensiver Recherche nicht verifizieren.

Auch wird im Artikel auf die Schweizer Anhänger des Räteresystems eingegangen. Wie in der *Volksstimme*, nur hier früher, schreibt man, das Beispiel Bayern sei eine Lehre für diejenigen SP-Politiker, die die Schweizer Arbeiter gleichermassen aufhetzen würden, gerade im Zuge des Generalstreik-Prozesses, auf den später noch ausführlich eingegangen wird. Dem Schweizer Arbeiter traue man aber zu, dies zu erkennen. Wie im vorherigen Artikel¹⁴ bekundet *Die Ostschweiz* ihre Sympathien für die Schweizer Arbeiter.

Es ist Tatsache, dass die Räterepublik am 15. April 1919 keinesfalls am Ende war. Jedoch wird dieser Umstand von der *Ostschweiz* in der nächsten Woche weitgehend ignoriert. Zwar druckt man die Telegrammmeldungen weiterhin ab, doch verzichtet man noch währenddessen auf einen Kommentar zu den Geschehnissen.

22. April 1919, Abendblatt, Seite 1

In einem Artikel mit dem Titel: «Der Bankerott des Bolschewismus» findet das Thema Bayern wieder Erwähnung. Russland hatte zu der Zeit wirtschaftliche Probleme. Der Rubel war fast nichts mehr wert und so musste mit dem Westen verhandelt werden. Für die Zeitung ist dies der Beweis, dass der Kommunismus nicht funktionieren kann. Die Arbeiter hätten es jetzt sogar schlechter als unter dem Zaren. «Bitterer aber ist die Tatsache der Bankerottklärung des russischen Bolschewismus für die Adopten desselben in Ungarn und Bayern.» Als letztes Mittel zum Wiederaufbau besitze Russland noch einiges an Bodenschätzen. Ungarn und Bayern hingegen hätten dies nicht. Wieder erkennt *Die Ostschweiz* darin eine Warnung für die Schweizer Sozialisten. (Janeke, 2017)

¹³ Die Kriegserklärung wurde in keiner der beiden Zeitungen erwähnt

¹⁴ Die Ostschweiz, Nr. 88, 14. April 1919, Morgenblatt, Seite 3

Die Wirtschaftspolitik der Kommunisten hatte in der Tat katastrophale Folgen für Bayern. Praktisch während der ganzen Zeit wurde gestreikt, die Löhne aber weiter ausgezahlt (7 Millionen Reichsmark pro Tag). Die Postsperre sorgte für eine Abschottung von der Aussenwelt. Auch der Bahnverkehr wurde eingestellt. Zudem fehlte es den Betrieben an Rohstoffen wie Kohle. Nach der Räterepublik waren noch mehr Menschen arbeitslos als vorher. (Handelskammer München, 1919)

25. April 1919, Abendblatt, Seite 1 und 29. April 1919, Morgenblatt, Seite 1

Wie bereits erwähnt, warnte *Die Ostschweiz* bei jeder Gelegenheit vor einer bolschewistischen Revolution. Besonders deutlich wurde dies, als die Zeitung auf eine dreiste Fälschung des französischen Journalisten Serge Persky hereinfiel. Dieser publizierte damals auf Erfindung beruhende antibolschewistische Propaganda in der Westschweizer Zeitung «Gazette de Lausanne». Dort wurde 1919 ein angeblich von der Sowjetregierung in Moskau ausgearbeitetes Programm veröffentlicht, das Instruktionen enthält, wie mit der Schweiz zu verfahren wäre, wenn auch dort die kommunistische Revolution ausbräche. Gemäss Persky sollte diese ebenfalls zu einer Sowjetrepublik gemacht werden.

Wie alle anderen Artikel von Persky war auch dieser gefälscht. *Die Ostschweiz* aber glaubte an dessen Echtheit. Es passte nämlich zu ihrer Agenda. (Artho, Die Machenschaften des umtriebigen Monsieur Persky, 2018; Artho, Ein diabolischer Plan zur Terrorisierung der Schweiz?, 2018; Koller, 100 Jahre Erinnerung an den Landesstreik – ein Schweizer Spiegel, 2018)

Am 26. April 1919 geht auch die *Volksstimme* auf den Artikel ein und zweifelt an dessen Glaubwürdigkeit: «Diese Programmpunkte sind so kindlich, dass sie nur unsere bürgerliche Presse in ihrem Schlotterfieber ernst nehmen kann», schreibt die Zeitung.

Die Ostschweiz antwortet am 29. April 1919 auf diese Fälschungsvorwürfe gegen Persky. Dass in Deutschland und Ungarn russische Bolschewisten die Fäden zögen, soll beweisen, dass die Publikation in der «Gazette de Lausanne» wahr ist.

Es ist zwar richtig, dass sich zu der Zeit russische Revolutionäre in Bayern aufhielten. Einige davon spielten eine Rolle innerhalb der Verwaltung Räterepublik. Auch wurden rund 80 russische Kriegsgefangene befreit, die in der Folge für die Räterepublik kämpften. Die Revolution wurde aber mit deutschen Arbeitern gemacht. Auch der Grossteil der Gründer und Führungspersonen der Räterepublik bestand aus Deutschen. (Johannes, 2005)

3. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1

Der Artikel mit dem Titel «Ein paar Gedanken zu neuesten Tagesereignissen» befindet sich wieder zuvorderst auf der Front. Am 3. Mai 1919 galt auch die zweite Räterepublik als geschlagen und München war von Regierungstruppen besetzt. «Aber wird damit dann auch der Geist der Räterepublik verschwinden?», fragt das Blatt. Die Gefahren einer internationalen Revolution seien immer noch real. Dies begründet die Zeitung damit, dass den Massen die Religion und damit ihr Gewissen abhandengekommen ist. Schuld daran sei der Sozialismus. Nachfolgend stehen einige Zitate von sozialistischen Vordenkern, wie «Religion ist das Opium des Volkes» von Karl Marx. Ohne die Religion jedoch, schreibt *Die Ostschweiz*, komme die wahre Natur des Menschen ohne Gewissen und ohne Moral zum Vorschein. Menschen würden zu Bestien. Die angeblich so wichtige Humanität würde von Sozialisten missachtet, wenn es zur Revolution komme. Dies sehe man an den Strassenkämpfen in München und in Paris, wo es am 1. Mai 1919 zu Ausschreitungen gekommen sei.

Die Zeitung bemüht sich hier ein weiteres Mal nicht, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten voneinander zu unterscheiden. Gemäss der *Ostschweiz* arbeiten alle gleichermassen auf eine bolschewistische Revolution hin. Für die Kommunisten, die ab dem 13. April 1919 die Macht in Bayern hatten, mag das stimmen. Für Sozialisten und Sozialdemokraten jedoch nicht zwangsläufig. Hier

differenziert die Zeitung nicht. In einer früheren Ausgabe¹⁵ lässt sich die Begründung dafür finden: «Gewiss, die sogenannten Mehrheitssozialisten verwerfen den Bolschewismus, vergessen aber, dass dieser die psychologische Konsequenz des Marxismus ist.» (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2019)

Dass wichtige Akteure der ersten Räterepublik wie Franz Lipp (USPD) und Erich Mühsam der Religion nicht abgetan waren, wird ebenfalls ignoriert. Ernst Toller (USPD) und Gustav Landauer waren ausserdem überzeugte Pazifisten. (Hul, 2019; Kosert, 2010; Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2019; Kellerhoff, 2022)

¹⁵ Die Ostschweiz, Nr. 90, 16. April 1919, Abendblatt, Seite 2

3.2.2 Bayern und Deutschösterreich

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Königreich Österreich-Ungarn aufgelöst. Eigentlich wollte die neu gegründete Republik Deutschösterreich ein Teil des Deutschen Reichs werden, jedoch wurde sie durch den Versailler Vertrag daran gehindert. Die innenpolitische Lage Österreichs war alles andere als stabil. Die Menschen litten an Hunger und Krankheit und die Kommunisten träumten auch dort von einem Umsturz. Im Bundesland Vorarlberg wuchsen schon bald die Bestrebungen, sich der schweizerischen Eidgenossenschaft anzuschliessen. (Breu & Renat, 2019; Steininger, 2006; Stangl)

3.2.2.1 Volksstimme

14. April 1919, Seite 3

Die *Volksstimme* schreibt von einem sozialdemokratischen Feldprediger aus Bayern, der nach Bregenz reiste, um zu predigen. Dies sei von christsozialen Vorarlbergern verhindert worden. Es seien politisch stürmische Zeiten im «Ländle» und Konflikte täten sich auf. Die Meldungen, die der *Volksstimme* vorlägen, seien jedoch mit Vorsicht aufzunehmen, da auch hier das internationale Kapital dahinterstecke. Die Meldungen von bolschewistischen Umtrieben versucht sich die *Volksstimme* damit zu erklären, dass sich die konservativen Vorarlberger Sorgen, der Einfluss der bayerischen Bolschewisten könnte sich auf ihre Region ausweiten. Militäroperationen in St. Margrethen seien ebenfalls darauf zurückzuführen.

Die Ereignisse in Bayern waren sowohl für die Vorarlberger Christsozialen als auch die Landesregierung besorgniserregend. Dies und das Erstarren der Sozialdemokraten im eigenen Land führte schlussendlich zu verstärkten Bemühungen, sich der Eidgenossenschaft anzuschliessen. Die Vorarlberger Sozialdemokraten versuchten die bayerischen Bolschewisten teilweise sogar nachzuahmen. «Es gab 1918 bis 1919 aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage schon verschiedene Protestbewegungen aus der Arbeiterschaft», sagt Christian Koller. Damit hatte die *Volksstimme* folglich recht. Politisch bewirkten die Linken mit ihren Aktionen allerdings nur wenig, sagt Koller weiter; «In Vorarlberg war die Arbeiterbewegung schwach. Eine kommunistische Revolution war keine reale Möglichkeit.» (Petras, 2008; App, 2018)

Bemerkenswert ist die Verwendung des Begriffs «das internationale Kapital» im Artikel der *Volksstimme*. Es ist nicht klar, was damit gemeint ist, allerdings könnte er in diesem Zusammenhang als Wirtschaftselite zu verstehen sein, die gegen das Erstarren der Sozialdemokratie ist. Da die Wirtschaftselite Vorarlbergs für den Anschluss an das Deutsche Reich war und die Deutschnationalen zusammen mit den Christsozialen gegen die Sozialdemokraten kämpften, ist diese Vermutung nicht weit hergeholt. (Petras, 2008)

26. April 1919, Seite 2

An diesem Tag informiert die *Volksstimme* über die bevorstehende Abstimmung im Vorarlberg, bei der über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Schweiz abgestimmt wurde.

Diese Meldung ist an sich nicht besonders und besteht nur aus ein paar neutral geschriebenen Zeilen. Allerdings ist es das letzte Mal, dass die *Volksstimme* über das Vorarlberg schreibt. Zumindest bis zum 12. Mai 1919 wird nicht einmal über das Abstimmungsergebnis informiert, das bereits am 11. Mai 1919 feststand und mit 81 Prozent Zustimmung sehr deutlich ausfiel. Dies verwunderte sogar Janick Rüttimann, hilfswissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bern: «Es erscheint mir auch etwas seltsam», schreibt er auf Anfrage. Gesamtschweizerisch betrachtet habe sich parteiübergreifend eine eher zurücknehmende Haltung gegenüber einem Anschluss feststellen lassen können (ausser bei den Christsozialen, wie sich im nächsten Unterkapitel zeigen wird). Auch habe der Fokus der Schweizer Politik damals nicht im Ausland gelegen. Aussenpolitik sei eher verpönt gewesen und es habe die Meinung vorgeherrscht, man sollte sich zuerst um innere Angelegenheiten kümmern, so Rüttimann. All

dies könnten Gründe für ein mangelndes Interesse an der Vorarlbergerfrage seitens der *Volksstimme* gewesen sein.

3.2.2.2 Ostschweiz

7. April 1919, Abendblatt, Seite 1

In der *Ostschweiz* wird bereits sehr früh vor einer bolschewistischen Revolution in Deutschösterreich gewarnt. Am 7. April 1919 kritisiert sie die Blockade der Entente, die nach dem Ersten Weltkrieg über Österreich verhängt wurde. Die Blockade führte zu einer Lebensmittelknappheit und Hunger. Dies ist laut *Ostschweiz* Zündstoff für eine Revolution in Österreich. Nach den Ereignissen in Bayern wäre dies eine weitere Gefahr für die Schweiz.

Die Hungerkrise in Österreich war ein ernstes Problem und konnte nur durch ausländische Hilfe teilweise unter Kontrolle gebracht werden. Auch die Schweiz beteiligte sich daran. Dass in Krisen die politischen Extreme erstarken, bestätigte sich auch an diesem Beispiel und so gewannen 1919 die Kommunisten in Österreich an Sympathie. Auch die Sozialdemokraten siegten bei der Wahl 1919. In Letzterer gab es sogar eine Rätebewegung, die 1919 ihren Höhepunkt erreichte und die Sowjets in Russland zum Vorbild hatten. Ungerechtfertigt ist die Befürchtung der *Ostschweiz* also nicht. (Rothe, 2019; Mugrauer, 2013; SPÖ; Stadt Wien, 2020)

9. April 1919, Abendblatt, Seite 1

Die Angst, Österreich könnte von der Revolutionswelle erfasst werden, hielt allerdings nicht lange an. Bereits zwei Tage später titelt *Die Ostschweiz*: «Oesterreich hat die Feuerprobe bestanden!» Der Rätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Wien habe erklärt, er beabsichtige trotz der aktuell günstigen Umstände keine Errichtung einer Räterepublik. *Die Ostschweiz* erklärt Österreich aufgrund der Absage an eine Revolution als Schutzwall gegen den von Osten kommenden Bolschewismus. Ganz im Gegensatz zu Deutschland, das davon immer wieder heimgesucht werde.

Eine Revolution in Österreich war damals nicht unwahrscheinlich. Nach dem Vorbild der Sowjets in Russland bildeten sich auch in Österreich Arbeiter- und Soldatenräte, die ursprünglich auch auf eine Errichtung einer Räterepublik abzielten. Die Sozialdemokraten allerdings dominierten die Arbeiterbewegung. Sie waren es, die die Wahl im Februar 1919 mit 40,8 Prozent der Stimmen gewannen. Die österreichischen Sozialdemokraten hatten zum Ziel, die Revolution in Form von demokratisch legitimierten Reformen stattfinden zu lassen. Dies wird in der *Ostschweiz* allerdings nicht erwähnt. (Sandner, 2018; Stadt Wien, 2020; SPÖ Wien)

12. April 1919, Abendblatt, Seite 1

In dieser Ausgabe wird im Leitartikel auf die Beziehung zwischen Deutschösterreich und der Entente eingegangen. Zu Anfang fasst *Die Ostschweiz* die Ereignisse der letzten Tage noch einmal zusammen. Auch die Revolution in München wird noch einmal erwähnt. Man tut seiner Erleichterung kund, dass es in Österreich vorerst zu keiner Revolution kommen wird.

Der Umstand, daß in Deutsch-Österreich trotz des Druckes von verschiedenen Seiten das demokratische Prinzip erhalten blieb, ist neben dem gesunden Geist des Volkes auch den Beziehungen zu verdanken, die sich in den letzten Monaten zwischen der Entente und Deutsch-Österreich herausgebildet haben. De jure besteht zwar noch der Kriegszustand, de facto hat er zu bestehen aufgehört. Deutsch-Österreich hat von dem ersten Augenblick seines Bestehens an gesucht, vor allem Frieden mit Allen zu bekommen und hat danach seine gesamte Politik eingerichtet. Was vergangen ist, sollte auch vergessen sein!

Abbildung 9 Die Ostschweiz über die Beziehungen zwischen der Entente und Deutsch-Österreich

Dafür macht *Die Ostschweiz* einerseits den «gesunden Geist des Volkes» Österreichs, andererseits die neuerdings guten Beziehungen zur Entente verantwortlich.

Neue Thesen oder Behauptungen gibt es hier seitens *Ostschweiz* nicht. Nur eines fällt verstärkt auf. Nämlich, dass die Zeitung noch kein Wort über die Regierung Österreichs verloren hat, sondern nur die Bevölkerung insgesamt für die ausbleibende Revolution lobte. Der Grund dafür ist schnell gefunden: Österreich hatte ab 1918 einen sozialdemokratischen Kanzler, nämlich Karl Renner. Diesen im Zusammenhang mit einem aussenpolitischen Erfolg, wie hier die besseren Beziehungen zur Entente zu erwähnen, widerspräche der Agenda der *Ostschweiz*. (Pils, 2007)

24. April 1919, Abendblatt, Seite 1

Hier wird von einem Putschversuch in Wien berichtet, dem die Regierung (wieder ohne explizite Nennung) «kräftig widerstanden» habe. Die Putschisten seien mit Geld aus Moskau und Budapest unterstützt worden, um die Verzweiflung der Menschen in Österreich auszunutzen. Diese denken nicht bolschewistisch, sondern wollten nur etwas an ihrer miserablen Lage ändern, schreibt die Zeitung.

Der sogenannte «Gründonnerstagsputsch» in Wien fand am 18. April 1919 statt. Es wurde später oft behauptet, dass es sich bei den Putschisten um Arbeitslose ohne politisches Ziel gehandelt hat, allerdings gilt dies mittlerweile als widerlegt. Tatsächlich verlangte ein nicht unerheblicher Teil der Demonstranten Lebensmittel und bessere Unterstützung vom Staat. Allerdings waren es Kommunisten, die das Parlament stürmen wollten, um ihre politischen Forderungen umzusetzen. Woher *Die Ostschweiz* die Information hat, die Agitatoren des Putsches kämen aus dem Ausland, ist auch hier unklar. (Huber, 2019; Glaubauf, 2010)

Die Frage, ob die Ideologie des Marxismus beim «Fussvolk» der Revolutionäre eine grosse Rolle spielte, ist im Nachhinein schwierig zu beantworten. Definitionsgemäss entsteht eine Revolution aus einem starken Willen zur Veränderung, oft ausgelöst durch Hunger und Elend. Weil der Kommunismus die Revolution zum Ziel hat, stossen kommunistische Agitatoren dort eher auf Interesse. So war es in Russland 1917 und in Ungarn 1918. (Schubert & Klein, Das Politiklexikon, 2021)

Dieser Meinung ist im Übrigen auch die *Volksstimme*: «Wenn wir Umschau halten, in wievielen von ihnen der sozialistische Gedanke bewusst verankert ist, wieviele nicht bloss aus Not und Elend instinktgemäss zu uns gekommen sind und bei uns mitkämpfen, dann wird nur ein verhältnismässig kleines Häuflein übrig bleiben.» Damit die Revolution gelingt, brauche es aber mehr. So müsse das sozialistische Gedankengut in den Arbeitern fest verankert sein, damit diese etwas an ihren Verhältnissen ändern können.¹⁶

¹⁶ Volksstimme, Nr. 100, 1. Mai 1919, Seite 2

1. Mai 1919, Morgenblatt, Seite 1

Spätestens am 1. Mai 1919 wird deutlich, weshalb *Die Ostschweiz* so eindringlich vor einer Revolution im Nachbarland gewarnt hat. Sie vermeldet den Sieg der Christsozialen bei den Landtagswahlen im Vorarlberg. Deren erklärtes Ziel ist ein Anschluss des Vorarlbergs an die Schweiz. Diesen befürwortet auch *Die Ostschweiz*, wie aus diesem und weiteren Artikeln hervorgeht¹⁷. Die Sozialdemokraten wiederum verloren die Wahl. Dafür macht *Die Ostschweiz* den «bolschewistischen Terror in der letzten Zeit» verantwortlich. Das Vorarlberger Volk wolle von den Theorien der Münchner Spartakisten nichts wissen.

Für die Schweizer Konservativen hätte die Wahl im Vorarlberg nicht besser ausgehen können. Für sie gehörten das Volk Vorarlbergs und das der Schweiz zusammen. Von einer Stammesgemeinschaft schreibt *Die Ostschweiz* sogar¹⁸. Weiter hätte ein Anschluss des Vorarlbergs zu einer Konfessionsmehrheit der Katholiken in der Schweiz geführt, was für *Die Ostschweiz* als katholisches Blatt von Vorteil gewesen wäre. (Burmeister, 2013)

Die Vorarlberger Christsozialen wiederum lehnten den neuen Staat Deutschösterreich aus politischen, wie auch wirtschaftlichen und kulturellen Gründen eher ab, erklärt Historiker Christian Koller. «Auch ein Anschluss an den Kriegsverlierer Deutschland mit seinen verschiedenen revolutionären Bewegungen war für die meisten von ihnen keine wünschenswerte Option.» Ein Anschluss an die durch politische und wirtschaftliche Stabilität geprägte Schweiz erschien für die Christsozialen laut Koller erheblich attraktiver.

Weiter ist zu erwähnen, dass *Die Ostschweiz* bei diesem Thema die Niederlage der Sozialdemokraten besonders hervorhebt und sie mit den Vorgängen in München in Verbindung bringt. Dies, obwohl die sozialdemokratische Regierung in Österreich eine Revolution ablehnte. (SPÖ Wien)

¹⁷ Die Ostschweiz, Nr. 108, 9. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1 und Die Ostschweiz Nr. 109, 10. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1

¹⁸ Die Ostschweiz, Nr. 108, 9. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1 und Die Ostschweiz Nr. 109, 10. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1

3.2.3 Der Generalstreik

Handelt eine Maturaarbeit auch nur indirekt von der Schweizer Arbeiterschaft in der Zwischenkriegszeit, darf dieses Thema nicht unerwähnt bleiben: der Generalstreik. Zur Zeit der Münchner Räterepublik lag dieser schon einige Zeit zurück. Dafür fand der entsprechende Gerichtsprozess statt, bei dem 21 Gewerkschafter und Sozialdemokraten vor dem Militärgericht standen. Das Thema war also immer noch aktuell. Weil das Bürgertum im Generalstreik einen Revolutionsversuch sah, wurde er mehrere Male im Zusammenhang mit der Räterepublik erwähnt. (Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB)

3.2.3.1 Die Ostschweiz

10. April 1919, Abendblatt, Seite 1

Im Leitartikel des Abendblattes bezieht sich *Die Ostschweiz* auf einen Artikel in der Pariser Zeitung «Journal des débats», in dem vor Jugendtanzkursen in verschiedenen Städten der Schweiz gewarnt wird, bei denen bolschewistische Propaganda verbreitet werde. *Die Ostschweiz* könne dies von ihrer Seite ebenfalls bestätigen. «Wir möchten nicht unnötige Beunruhigung schaffen», schreibt sie. Schliesslich gebe es dank der Sprachunterschiede und der stabilen Demokratie wohl kein schlechteres Land für eine Revolution als die Schweiz. Trotzdem müsse man vor dieser Propaganda auf der Hut sein. *Die Ostschweiz* warnt vor einem zweiten Landesstreik angesichts der anstehenden Urteilsverkündung im Prozess. Auch die Lage in den Nachbarstaaten, vor allem Deutschland, könnte dazu beitragen. Bei einem neuen Landesstreik müsse man von einem spartakistischen Putsch ausgehen. Der letzte Generalstreik wird hier noch als harmlos bezeichnet, in einer späteren Ausgabe¹⁹ nimmt *Die Ostschweiz* dazu eine andere Haltung ein.

Dass ausgerechnet propagandistische Tanzstunden ein Beweis für Revolutionsvorbereitungen sein sollen, ist sehr weit hergeholt. Es lassen sich heute leider keine Hinweise mehr auf solche Veranstaltungen finden, das heisst aber nicht, dass diese erfunden sind. Es gilt allerdings als wissenschaftlich erwiesen, dass das Oltner Aktionskomitee nie einen Umsturz plante, geschweige denn, den Kommunismus einzuführen. Dies fand Historiker Willi Gautschi heraus, als er in den Fünfzigerjahren für eine Forschungsarbeit die Akten des Oltner Aktionskomitee studieren durfte. (Kieser; Koller, 100 Jahre Erinnerung an den Landesstreik – ein Schweizerpiegel, 2018)

12. April 1919, Abendblatt, Seiten 1 und 2

Ein Leserbrief eines Arbeiters lässt einen jedoch anderes glauben. Er schreibt von Sozialdemokraten, die mit einem neuen Generalstreik die Revolution und den sowjetischen Bruderkrieg in der Schweiz entfachen wollen. Der Grund aus der Sicht des Arbeiters: Die Sozialdemokraten wollen die Regierung übernehmen, damit sie sich an der Staatskasse bereichern können. Das Gleiche sei bei den deutschen Sozialdemokraten der Fall, die ihre Wahlversprechen nicht hielten und trotzdem ihre Gehälter beziehen. Zum Schluss rät er den anderen Arbeitern, sich nicht von den Sozialdemokraten verführen zu lassen, weil sie ihre Versprechen ebenfalls nicht halten können.

Der Text zeugt von wenig Intellekt und der Vorwurf, es gehe den Sozialdemokraten einzig um Geld aus der Staatskasse, ist sehr unglaubwürdig. Deshalb wird darauf nicht weiter eingegangen. Das Abdrucken dieses Leserbriefs ist aber ein weiteres Anzeichen dafür, dass sich *Die Ostschweiz* um einen guten Ruf unter den Arbeiterinnen und Arbeitern bemühte.

In einem weiteren Artikel mit dem Titel «Eine Erregung zittert durchs Land ...» geht es um Sozialisten, die gegen das Urteil des Generalstreik-Prozesses demonstrieren. Verurteilt wurden die Streikführer Robert Grimm, Fritz Platten, Friedrich Schneider und der spätere Bundesrat Ernst Nobs²⁰. Die Männer

¹⁹ Die Ostschweiz, Nr. 91, 17. April 1919, Abendblatt, Seite 1

²⁰ Nobs war einst Redakteur bei der *Volksstimme*. (Kästli, 1995)

würden auf Protestkundgebungen offen mit dem Bolschewismus in Russland, Ungarn und Bayern sympathisieren, schreibt *Die Ostschweiz*. Die Zeitung befürchtet, die vielen freudigen Kommentare von bürgerlichen Zeitungen zum Richterspruch erwecken den Eindruck, der Richter hätte sich aus politischen Motiven für eine Verurteilung entschieden. Dem sei jedoch nicht so: «Das allgemeine Recht, das für jedermann gilt, ist auch den sozialistischen Agitatoren gegenüber angewandt worden.»

Zum Abschluss warnt *Die Ostschweiz* nochmals vor «kommenden ernsten Ereignissen auch in unserem Lande» und schreibt in kryptischer Formulierung schliesslich, dass es in der Schweiz Leute gebe, die eine gleiche Revolution wie in München starten wollen.

Geiern hat der wie es scheint nunmehr gestülzte Arbeiterrat in München unter ein scheussliches Bild die Worte schreiben lassen: „Die Sonne unserer Zeit ist aufgegangen!“ Eine nette „Sonne“ das, in der Tat! Aber vergessen wir nicht, daß es auch bei uns in der Schweiz sehr viele gibt, die kein heißeres Sehnen kennen, als sich im Glanze dieser „Sonne“ wohlzufühlen, wenigstens für ihre eigene Person! — — — —

Abbildung 10 *Die Ostschweiz über eine mögliche Revolution in der Schweiz*

«Das Räteresystem hatte im äussersten linken Flügel der SP durchaus Anhänger», schreibt Historiker Christian Koller auf Anfrage. Auch wenn sich die militanten Sozialisten zwischen 1918 und 1921 abspalteten und die kommunistische Partei gründeten, war das Räteresystem danach laut Koller noch nicht aus der SP verschwunden: «Im linken Zentrum der SP um Robert Grimm war das Räteresystem programmatisch eine Organisationsform, die in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zum Tragen kommen könnte.» Auch wenn damit gemäss Koller kein Räteresystem wie in Russland gemeint war: Angesichts dieser Tatsachen sind solche Sympathiebekundungen tatsächlich denkbar, insbesondere vonseiten des Streikführers und Lenin-Unterstützers Fritz Platten. (Bürgi, 2011)

17. April 1919, Abendblatt, Seite 1

Es handelt sich hier um einen ellenlangen Leitartikel über eine missglückte Revolution in Holland, für diese Untersuchung ist jedoch nur der Anfang wichtig:

Wie Holland über die Revolution Meister geworden ist.
(Ein Vorbild für die Schweiz.)

△ Es liegt offen zu Tage, daß in unserm Vaterlande mit Hochdruck auf die Revolution hingearbeitet wird. Der letzte Generalstreik war ein mißglückter Versuch; durch die gemachten Erfahrungen gewichtig, wird ein kommender Putsch besser vorbereitet und straffer geleitet sein. Bei den Protestversammlungen über die Verurteilung der Rädelsführer beim letzten Generalstreik ist offen die Drohung ausgesprochen worden, die Arbeiterschaft würde durch eine gewalttätige Erhebung die im Loch sitzenden Führer noch vor Ablauf ihrer Strafe befreien. Es liegen Beweise zur Genüge vor, daß dies keine leere Drohung ist.

Abbildung 11 *Die Ostschweiz über eine gescheiterte Revolution in Holland*

Der Generalstreik sei ein Revolutionsversuch gewesen, behauptet die Zeitung nun.

Dies ist nachweislich falsch, bestätigt Christian Koller: «Die Vorstellung, es habe sich beim Landesstreik um einen Revolutionsversuch gehandelt, war damals in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet.» Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Archivquellen zugänglich wurden, habe sie von der Geschichtsforschung definitiv widerlegt werden können (vgl. Willi Gautschi). Allerdings habe sich diese Theorie noch bis in die Sechzigerjahre gehalten. *Die Ostschweiz* stützt somit ihre Prophezeiung, eine Revolution stehe kurz bevor, auf die falsche Tatsache, es habe bereits einen solchen Versuch gegeben. (Koller, 100 Jahre Erinnerung an den Landesstreik – ein Schweizer Spiegel, 2018)

3.2.3.2 Volksstimme

15. April 1919, Seite 1

Die *Volksstimme* berichtete am ausführlichsten über den Verlauf des Gerichtsprozesses. Vom 7. April 1919 bis zur Urteilsverkündung am 14. April 1919 war das Thema jeden Tag auf der Frontseite zu finden. Jedoch ging sie in den Generalstreik-Artikeln nie auf die bayerische Räterepublik ein. Das wäre auch unklug gewesen, weil die Bürgerlichen den Generalstreik als Umsturzversuch betrachteten und die *Volksstimme* damit ihrerseits eine Verbindung zu einer echten Revolution geschaffen hätte. Am 15. April 1919 jedoch, reagiert sie auf die Vorwürfe.

Schon vor der Urteilsverkündung hätten die Bürgerlichen darin den Funken befürchtet, der einen zweiten Generalstreik auslösen würde.²¹ Allerdings seien sie selbst schuld an der aufgeheizten Stimmung, nicht die verurteilten Streikführer: «Glaubt man denn die soziale Frage zu lösen, wenn man die Führer der Arbeiter in die Gefängnisse steckt? Erhofft man Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage, wenn man Haufen von Munition bereit hält?», fragt die *Volksstimme*. Damit sind bewaffnete Bürgerwehren gemeint, die als Reaktion auf den Generalstreik gegründet wurden. Sie sollten die «rote Gefahr» in Zaum halten. Die *Volksstimme* fordert deren Abschaffung und warnt vor einer Revolution, sollte das Bürgertum künftig nicht weitsichtiger handeln. (Koller, Vor 100 Jahren: Die Paramilitarisierung Europas und die Schweiz, 2019; Jorio, 2018)

Es ist bemerkenswert, wie die *Volksstimme* den Anteil der Sozialdemokraten an einer möglichen Revolution bestreitet. Stattdessen wird die Arbeiterschaft als unkontrollierbare Masse dargestellt, die kurz davor ist, eigenhändig eine Revolution anzuzetteln. Eine Revolution ohne Organisation oder Partei ist allerdings unwahrscheinlich, da auf sie laut der Definition die Schaffung von Institutionen und ein Machtwechsel folgt. Zudem enthalten einige Ausgaben der *Volksstimme* eindeutig revolutionäre Passagen, wie zum Beispiel zum 1. Mai.²² (Schubert & Klein, Das Politiklexikon, 2021)

17. April 1919, Seite 1

Am 17. April 1919 fasst die Zeitung zusammen, wie sie den Landesstreik im Nachhinein bewertet.

²¹ Die Ostschweiz, Nr. 85, 10. April 1919, Abendblatt, Seite 1

²² Volksstimme, Nr. 100, 1. Mai 1919, Seite 2

Beim Generalstreik, einer Aktion zur Erreichung menschenwürdigerer Zustände für die Arbeiterschaft, die nicht mit menschenmörderischen Mitteln durchgeführt wurde, höchste Empörung und das reinste Höllengebrüll mit dem Rufe nach Feststellung und Bestrafung der Schuldigen. Beim Weltkrieg, einer Aktion zur bloßen Befriedigung verbrecherischer Gelüste von Leuten, die im Besitze ungeheurer Reichtümer in den Freuden und Genüssen aller Art schwelgten, einer Aktion, die während mehr als 4 Jahren den Massenmord mit allen verfügbaren Mitteln betrieb, Schand- und Greuelthaten in ununterbrochener Reihenfolge anhäuften, unermessliche Werte zerstörte, da wird schon die bloße Aufrollung der Schuldfrage verpönt. Die hohen Herrschaften und edlen Charakter, wie sie die „Ostschweiz“ nannte, die Millionen Völker und noch mehr Millionen von Krüppeln auf dem Gewissen haben, die werden von der christlichen

Abbildung 12 Die Volksstimme über den Generalstreik

Die Zeitung sieht darin einen legitimen Versuch, bessere Verhältnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herzustellen. Laut dem Blatt wurde der Streik ohne «menschenmörderische Mittel» durchgeführt. Bürgerliche Blätter wie *Die Ostschweiz* jedoch, würden in Sachen Generalstreik die Schuldfrage stellen, die Suche nach den Schuldigen für den Ersten Weltkrieg lehne sie hingegen ab und verherrliche jene Kriegsschuldigen sogar.

Damit hat die *Volksstimme* recht. So sang *Die Ostschweiz* zu Hindenburgs Rücktritt ein Loblied auf den Generalfeldmarschall.²³ Auch die harten Friedensbedingungen an Deutschland in Form des Versailler Vertrags kritisierte *Die Ostschweiz*.²⁴

²³ Die Ostschweiz, Nr. 102, 2. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1

²⁴ Die Ostschweiz, Nr. 107, 8. Mai 1919, Abendblatt, Seite 2

3.2.4 Die Abstimmung über die Kriegssteuer

Nicht nur für Deutschland war die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg politisch und wirtschaftlich turbulent. Auch die Schweiz hatte mit veränderten Bedingungen zu kämpfen, wie in den bisherigen Kapiteln bereits deutlich wurde. Beispiele dafür wären der unausgeglichene Bundeshaushalt und die hohen Kriegsschulden. Eine einmalige, vom Bund erhobene Kriegssteuer sollte beide Probleme lösen. Darüber wurde am 4. Mai 1919 abgestimmt. (Knupfer, 2015)

3.2.4.1 Volksstimme

3. Mai 1919, Seite 1

Es war eine Peinlichkeit für die SP. Anfangs war die Partei noch für die Kriegssteuer. Schliesslich brachte sie bereits im Juni 1918 eine Initiative für eine direkte Bundessteuer zur Abstimmung, die vom jedoch Volk verworfen wurde. Die Kriegssteuer war die Chance auf eine, zumindest zeitlich begrenzte, direkte Bundessteuer. Einige kantonale Sektionen der Sozialdemokraten beschliessen jedoch, die Vorlage abzulehnen. So entschied sich auch die Bundespartei in letzter Minute, die Nein-Parole zu fassen. Begründet wurde der Entscheid damit, dass die Initiative nicht weit genug gehe und mit den Einnahmen durch die Steuer die Herrschaft der Bourgeoisie künstlich verlängert würde. (Bolliger, 2010)

Die *Volksstimme* bedauert in ihrem Leitartikel vom 3. Mai 1919, dass die SP in der Frage der Kriegssteuer ein so gespaltenes Bild abgegeben hat. Fast aus heiterem Himmel und ohne richtigen Übergang schreibt die *Volksstimme* in demselben Artikel über diejenigen SP-Mitglieder, die ein Rätssystem wie in Bayern befürworten würden. Für sie sei diese Zerrissenheit der Partei noch enttäuschender. Die *Volksstimme* stellt klar, dass die Voraussetzungen dafür in der Schweiz keinesfalls gegeben sind. Würde man dies mit Gewalt erzwingen, gäbe es Verhältnisse wie in Budapest und München. Dann stellt die *Volksstimme* den Zusammenhang zwischen Rätssystem und Kriegssteuer her. Vor lauter Richtungsstreit über sogenannte «Modepostulate», wie die Bewertung des Rätessystems, habe man vergessen, sich mit tagespolitischen Themen wie der Kriegssteuer zu befassen. Bevor man sich wieder an Themen wie das Rätssystem trauen könne, müsse man die Partei ausbauen und sich besser organisieren.

In der Zwischenkriegszeit war die SP, wie die *Volksstimme* in dem Artikel schreibt, von Flügelkämpfen geprägt. Zwischen den Kommunisten und den Sozialisten tat sich langsam ein Graben auf, der darin gipfelte, dass die Partei einen Beitritt zum Komintern ablehnte, wodurch sich ein Teil der Partei abspaltete. Diejenigen, die tatsächlich ein Rätssystem nach Russlands Vorbild wünschten, schlossen sich der kommunistischen Partei an. Welchen Anteil daran die Abstimmung über die Kriegssteuer hatte, ist im Nachhinein schwierig zu sagen. Sie ist aber ein Beispiel dafür, wie sehr Flügelkämpfe das öffentliche Bild der Partei geprägt haben. Das Volk stimmte mit 65.1 Prozent deutlich für die Erhebung einer ausserordentlichen Kriegssteuer. (Degen, 2022; Schweizerische Eidgenossenschaft (Bundeskanzlei BK), 2022)

3.2.4.2 Die Ostschweiz

29. April 1919, Abendblatt, Seite 1

Zusammen mit den Freisinnigen waren die Katholisch-Konservativen klar für die Kriegssteuer. Sie sollte verhindern, dass irgendwann eine dauernde direkte Bundessteuer eingeführt wird. (Bolliger, 2010)

Am 10. April 1919 druckt *Die Ostschweiz* die Mitteilung der SP, sie sei neuerdings gegen die Kriegssteuer, ab. Die Zeitung bezeichnet diesen Entscheid als «unschweizerisch». Es sei ein Versuch, dem Bund die Mittel zu entziehen, damit dieser seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könne. Die dadurch entstehende Instabilität wäre laut *Ostschweiz* eine gute Möglichkeit für eine Revolution.

Das Blatt behauptet ein weiteres Mal, die SP sei eine Umsturzpartei. In dieser Arbeit wurden schon einige Beweise dargelegt, dass dies immerhin auf Teile der Partei zutrifft. Der Vorwurf, die Sozialdemokraten seien gegen die Kriegssteuer, um den Bund zu destabilisieren, ist hingegen ausserordentlich ungläubwürdig. Allein die Tatsache, dass die SP zu dem Zeitpunkt schon lange für eine direkte Bundessteuer plädiert hatte, reicht, um diesen Vorwurf zu entkräften. (Bolliger, 2010; Knupfer, 2015)

3. Mai 1919, Abendblatt, Seite 1

Einen Tag vor der Abstimmung beschreibt *Die Ostschweiz* im Artikel «Die eidgenössische Kriegssteuer – eine soziale Tat», welche Vorteile eine Annahme der Vorlage für die unteren und mittleren Volksklassen böte. Ein weiteres Mal wird die SP kritisiert, die mit ihrer Nein-Parole das Wohl des Staates und des Volkes sabotieren und damit den Weg zur Revolution ebnen wollte.

Der Artikel enthält ansonsten keine bemerkenswerten Passagen, doch zeigt sich hier wieder, dass *Die Ostschweiz* es nicht gerne sieht, dass sich die SP als alleinige Vertreterin der Arbeiterschaft darstellt. Diese Abstimmung war für sie eine weitere Möglichkeit, ihr diese Rolle abzusprechen.

5. Mai 1919, Morgenblatt, Seite 2

Die Ostschweiz bezeichnet den Abstimmungssonntag als «Ehrentag des Schweizervolkes». Mit «Ja» zu stimmen, war laut der Zeitung eine patriotische Pflicht. Nun verhakt sich die Zeitung jedoch in Widersprüchen. Zwar sei es der Plan der Sozialdemokraten, durch das Ablehnen der Vorlage Chaos entstehen zu lassen, was den Umsturz erleichtern soll. Die meisten SP-Anhänger stimmten jedoch für die Kriegssteuer, «wie dies übrigens ganz naturgemäss war bei einer Besitzessteuer!», schreibt *Die Ostschweiz*.

Gemäss dieser Logik ist es verwerflich, dass die Sozialdemokraten die laut *Ostschweiz* vernünftige Kriegssteuer ablehnen. Wenn sie der Vorlage andererseits an der Urne zustimmen, tun sie das aus den falschen Gründen. Demnach kann ein Sozialdemokrat gar nicht richtig handeln. Dies macht insbesondere die Chaos-Theorie der *Ostschweiz* zunichte, weil eine Revolution ohne die Unterstützung der eigenen Anhänger wohl kaum realisierbar wäre.

4 Fazit

Angesichts solcher komplexen politischen Vorgänge, wie sie bis jetzt behandelt wurden, ist es nicht einfach, die Positionen der beiden Zeitungen kurz zusammenzufassen. Weder nahm die *Volksstimme* in jeder Diskussion eine klar linke, klassenkämpferische Position ein, noch *Die Ostschweiz* immer eine klar konservative. Manchmal unterschieden sich die Ansichten der jeweiligen Redakteure untereinander und in manchen Fragen waren sich die Zeitungen sogar einigermaßen einig. Beide warben für eine bessere Unterstützung der Arbeiter. Ferner waren beide grundsätzlich gegen Gewalt und gegen die Revolution in München, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die *Volksstimme* lehnte das Räteresystem ab, weil sie sich davon keinen Erfolg versprach. Es würde sich nicht lohnen, dass Arbeiter für ein so hoffnungsloses Staatenmodell sterben müssten. Sie wollte stattdessen die Wirtschaft demokratisieren. *Die Ostschweiz* hingegen sah in der Räterepublik eine grosse Gefahr für die Schweiz und ein Beispiel, was für katastrophale Ausmasse die Ideologie des Bolschewismus annehmen kann.

Zwar unterschieden sich die Positionen nicht in jedem Punkt, doch war fast jeder untersuchte Artikel ideologisch gefärbt. Die katholische *Ostschweiz* sah in der *Volksstimme* ihren Feind, und umgekehrt. Mit Sachpolitik hatte das nichts zu tun, die beiden Weltanschauungen waren schlicht nicht miteinander vereinbar. Am deutlichsten zeigte sich dies daran, wen die Zeitungen für die Revolution in Bayern verantwortlich machten. Für *Die Ostschweiz* war klar: Es waren ausländische Agitatoren, vorwiegend aus Russland. Sie hätten die Arbeiter aufgehetzt und in ihr Verderben geführt (auch wenn dies nachweislich nicht stimmte). Sie warnte vor einem gleichen Szenario in der Schweiz. Die *Volksstimme* hingegen machte die deutsche SPD dafür verantwortlich. Ihre unsoziale und Kriegsbefürwortende Politik hätte zur Spaltung der Sozialdemokraten und damit zu revolutionären Umtrieben in Bayern geführt. Sie griff zudem mehrfach die SPD-Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann an. Vor allem zum Anfang der Revolution schien es so, als würde der *Volksstimme* ein Bayern unter der Räteregierung besser gefallen als ein Bayern unter Hoffmann. Die Arbeiter, die an der Revolution teilnahmen, wurden kein einziges Mal direkt kritisiert. Ein Aufstand des Proletariats ist für die *Volksstimme* nämlich ein Akt der Selbstverteidigung vor einem ungerechten System.

Es ist bemerkenswert, dass beide Zeitungen die Umwälzungen in Bayern dafür nutzten, ihre politischen Thesen zu stärken. *Die Ostschweiz* zum Beispiel wandte das Revolutionsszenario auf Österreich an. Weil sie einen Anschluss des Vorarlbergs an die Schweiz unterstützte, eignete sich das Beispiel Bayern ideal, um Angst vor einem kommunistischen Putsch in Österreich zu verbreiten. Ebenfalls sah *Die Ostschweiz* eindeutige Parallelen zum ersten Generalstreik in der Schweiz und befürchtete einen zweiten, noch verheerenderen Landesstreik. Diese Angst war auch nicht unbegründet. Die Russische Revolution lag noch nicht weit zurück und mit Ungarn und Bayern gab es Nachahmer der Bolschewiki. In der SP gab es ausserdem Leute wie Fritz Platten, die die Schweiz zu einer Sowjetrepublik machen wollten. *Die Ostschweiz* übertrieb damit aber deutlich, Beispiele dafür sind die Artikel über Serge Persky oder über die Tanzstunden mit kommunistischer Propaganda. Dabei machte sie zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten ungerechterweise keinen Unterschied.

So war es für die *Volksstimme* zwar einfach, auf die Anschuldigungen zu entkräften, indem sie selbst die Bolschewiki kritisierte. **Jedoch sprach sie das Thema deutlich weniger an als *Die Ostschweiz*.** Der Grund dafür: «Weil es im linken Flügel der SP Sympathien für die bayerische Räterepublik gab, war eine eindeutige Stellungnahme in der sozialdemokratischen Presse schwierig», sagt der Historiker Christian Koller. Doch schwieg die *Volksstimme* nicht nur zu dem Thema. Sie nutzte die Meldungen aus München auch, um die Radikalen innerhalb der Parteien zu kritisieren und ihre demokratischen Überzeugungen zu formulieren. Im Leitartikel zur Kriegssteuervorlage nahm die Zeitung schliesslich deutlich Stellung gegen die Sympathisanten des Räteresystems in der SP.

Damit gab auch die *Volksstimme* zu, dass es in der Schweiz solche Revolutionsbestrebungen gab. Allerdings bezeichnete sie diese, wie auch *Die Ostschweiz*, als chancenlos. Beide Zeitungen schrieben, dass die Schweiz völlig ungeeignet für den Kommunismus sei.

5 Schlusswort

Es ist ein allseits bekanntes Phänomen, dass man eines Themas überdrüssig wird, wenn man sich damit mehrere Monate lang beschäftigt. Ich war dieses Mal aber davor gefeit: Meiner Faszination für die Zwischenkriegszeit in Europa hat diese Maturaarbeit nämlich keinen Abbruch getan. Ich empfinde es als enorm spannend, wie schnelllebig das Zeitungswesen vor 100 Jahren bereits war. Sowohl national als auch international überschlugen sich die Ereignisse Woche für Woche. Der Fokus der *Ostschweiz* und der *Volksstimme* wechselte ständig. Es hat mich überrascht, wie viele Verbindungen dabei mit der Münchner Räterepublik gezogen werden können. 1919 war ein stürmisches Jahr und meine Untersuchung zeigt ganz klar, dass auch die Schweizer Gesellschaft zu der Zeit tief gespalten war. Der Konflikt zwischen Konservativen und Sozialdemokraten legte sich nach dem ersten Generalstreik nicht so schnell, wie es gemeinhin dargestellt wird. Auch wenn wir Schweizer uns gerne als Musterdemokratie bezeichnen, wurden auch bei uns die Kämpfe nicht immer fair ausgetragen. Diese Zeitungen waren Kampfblätter. Was sie abdruckten, war Propaganda. (vgl. Abbildung 10)



Abbildung 13 Reklame für Propaganda in der *Volksstimme*²⁵

Vor allem *Die Ostschweiz* betrieb diese mit zum Teil unangebrachten Mitteln, wenn sie die Sozialdemokraten oft genug als gott- und vaterlandslose Gesellen darstellte, dazu die Angst vor einer Revolution, mittels «Fake-News» schürte. Das konservative Trauma eines kommunistischen Russlands und die Revolutionen in Bayern und Ungarn brachten die *Volksstimme* in Erklärungsnot, wobei auch sie oft genug mit revolutionären Passagen provozierte. Was damals in den Köpfen der Redakteure genau vorging, ist unmöglich nachzuvollziehen. Was jedoch feststeht: Einen konstruktiven Diskurs gab es damals nicht und Meinung war oft wichtiger als Wahrheit. In einem Anflug von unbeabsichtigter Selbstkritik stellte *Die Ostschweiz* fest:

« [...] Die grosse Tagespresse ist oft unendlich verlogen. Sie schildert das Weisse als schwarz und das Schwarze als weiss. Sie empfiehlt den, den sie gewählt sehen will und der Empfehlende ist nicht selten der Empfohlene selbst!»²⁶

Bei all der berechtigten Kritik an den heutigen Medien stimmt es einen umso zufriedener, dass sich die Diskussionskultur stark zum Positiven gewandelt hat. Nie war das Bedürfnis grösser nach neutraler und fairer Berichterstattung, die im Vergleich zu damals definitiv gegeben ist. Kritischer, aber ideologiefreier Journalismus führt im besten Fall zu einem Verständnis für den politischen Gegner und bringt Zivilisiertheit in politische Debatten.

Ohne die Hilfe und Auskunft von Expertinnen und Experten wäre die Erstellung dieser Maturaarbeit wohl kaum realisierbar gewesen. Deshalb möchte ich an sie meinen herzlichen Dank aussprechen. Als

²⁵ *Volksstimme*, Nr. 97, 26. April 1919, Seite 2

²⁶ *Die Ostschweiz*, Nr. 88, 14. April 1919, Morgenblatt, Seite 3

Erstes nenne ich meinen Lehrer Tomas Martin, der mir stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Weiter danke ich Matthias Bischel von der Ludwigs-Maximilians-Universität in München. Er nahm sich extra Zeit für einen Zoom-Call, um mich über die damaligen Verhältnisse in München aufzuklären, insbesondere über das Zeitungswesen. Dazu gab er mir methodische Tipps für die Erstellung einer Arbeit. Medienforscher Mike Meissner von der Universität Freiburg erwies mir einen grossen Dienst, indem er mir meine naiven Fragen zu den damaligen Printmedien beantwortete. Christian Koller, Historiker an der Universität Zürich, konnte mir ausführliche Antworten auf Fragen zur Münchner Räterepublik und die Schweizer Arbeiterbewegung geben, die sich mir durch Internetrecherche niemals erschlossen hätten. Janick Rüttimann, hilfswissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bern, lieferte mir einige nützliche Informationen zur Vorarlbergerfrage. Ausserdem geht mein Dank an die Bibliothek Hauptpost in St. Gallen. Sie stellte mir sowohl die Ausgaben der *Ostschweiz* als auch jene der *Volksstimme* für meine Untersuchungen zur Verfügung. Zuletzt danke ich meiner Mutter Corinne Hochreutener, die mir mit ihren exzellenten Deutschkenntnissen half, der Maturaarbeit einen letzten Feinschliff zu verpassen.

6 Literaturverzeichnis

- Albrecht, K.-B. (2014, September 2014). *Philipp Scheidemann 1865-1939*. Von Lemo Lebendiges Museum Online: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/philipp-scheidemann> abgerufen
- App, R. (8. Februar 2018). *VORARLBERG: Der verhinderte Anschluss*. Von Tagblatt: <https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/vorarlberg-der-verhinderte-anschluss-ld.1011831> abgerufen
- Artho, D. (22. November 2018). *Ein diabolischer Plan zur Terrorisierung der Schweiz?* Von Die Wochenzeitung: <https://www.woz.ch/1847/landesstreik/ein-diabolischer-plan-zur-terrorisierung-der-schweiz> abgerufen
- Artho, D. (22. November 2018). *Die Machenschaften des umtriebigen Monsieur Persky*. Von Die Wochenzeitung: <https://www.woz.ch/1847/serge-persky-1870-1938/die-machenschaften-des-umtriebigen-monsieur-persky> abgerufen
- Bayerische Staatsregierung. (kein Datum). *Bayerische Geschichte*. Von Bayerisches Landesportal: <https://www.bayern.de/der-freistaat/bayerische-geschichte/> abgerufen
- Bayern 2. (5. November 2018). *Die Räterepublik der Kommunisten*. Von Bayerischer Rundfunk: <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowissen/geschichte/muenchner-raeterepublik-sozialistisch-kommunisten-100.html> abgerufen
- Bischel, M. (3. März 2019). *Räterepublik Baiern (1919)*. Von Historisches Lexikon Bayerns: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/R%C3%A4terepublik_Baiern_\(1919\)#Belagerung_M.C3.BCnchens_und_.22Roter_Terror.22_.2828._April_-_1._Mai_1919.29](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/R%C3%A4terepublik_Baiern_(1919)#Belagerung_M.C3.BCnchens_und_.22Roter_Terror.22_.2828._April_-_1._Mai_1919.29) abgerufen
- Bolliger, C. (2010). Schwenker der Sozialdemokraten gefährdet die Kriegssteuer nicht. In C. Bolliger, Y. Rielle, & W. Linder, *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007* (S. 125-126). Bern: Haupt Verlag.
- Bollinger, E. (9. November 2009). *Die Ostschweiz (Zeitung)*. Von Historisches Lexikon der Schweiz HLS: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/024782/2009-11-09/> abgerufen
- Bolz, L. (Januar 2020). Nachrichtenpräsentation im 19. Jahrhundert. *Medien & Zeit*, S. 7-9.
- Breu, M., & Renat, K. (13. Mai 2019). *Weshalb der Kanton Vorarlberg nur frommer Wunsch blieb*. Von Swissinfo.ch: https://www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie/demokratie-international_weshalb-der-kanton-vorarlberg-nur-frommer-wunsch-blieb/44955636 abgerufen
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (April 2019). *Vor 100 Jahren: Proklamation der ersten Münchner Räterepublik*. Von Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/288869/vor-100-jahren-proklamation-der-ersten-muenchner-raeterepublik/> abgerufen
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (kein Datum). *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)*. Von Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18365/unabhaengige-sozialdemokratische-partei-deutschlands-uspd/> abgerufen
- Bureau, E. s. (1919). Statistisches Jahrbuch der Schweiz. In E. s. Bureau, *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1919* (S. 219). Schweiz: Eidgenössisches statistisches Bureau.

- Bürgi, M. (9. November 2011). *Fritz Platten*. Von Historisches Lexikon der Schweiz (HLS): <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/003676/2011-11-09/> abgerufen
- Burmeister, K. H. (30. Juli 2013). *Vorarlberg*. Von Historisches Lexikon der Schweiz HLS: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007141/2013-07-30/> abgerufen
- Degen, B. (24. Januar 2022). *Sozialdemokratische Partei (SP)*. Von Historisches Lexikon der Schweiz HLS: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017393/2022-01-24/> abgerufen
- DPA. (kein Datum). *Über uns: Zahlen und Fakten*. Von Deutsche Presse-Agentur Website: <https://www.dpa.com/de/unternehmen/zahlen-fakten> abgerufen
- E-Newspaper Archives.ch. (kein Datum). *Die Ostschweiz / Über diese Zeitung*. Von E-Newspaper Archives.ch: <https://www.e-newspaperarchives.ch/?a=cl&cl=CL1&sp=OSZ&l=de> abgerufen
- Geschichte der sozialen Sicherheit in der Schweiz. (Dezember 2014). *Sozialdemokratische Partei (SP)*. Von Geschichte der sozialen Sicherheit in der Schweiz: <https://www.geschichtedersozialensicherheit.ch/akteure/politische-parteien/sozialdemokratische-partei> abgerufen
- Glaubauf, K. (10. Mai 2010). *Die Wiener Volkswehr 1918-1920 und die Gründung der Republik*. Von Austria-Forum: https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Geschichte/Die_Wiener_Volkswehr_1918_-1920 abgerufen
- Grau, B. (16. August 2006). *Rote Armee, 1919*. Von Historisches Lexikon Bayerns: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote_Armee,_1919#Die_Verteidigung_der_R.C3.A4terepublik_gegen_die_Wei.C3.9Fen_Truppen abgerufen
- Gunz, A. (2008). Hugo Kramer und die "Volksstimme" in der Zwischenkriegszeit. In *Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung* (S. 201-212). Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag.
- Handelskammer München. (1919). Die Zerstörung des Wirtschaftslebens Münchens durch die Kommunistenwirtschaft. *Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Handelskammer München vom 9. Mai 1919* (S. 3-6). München: Selbstverlag der Handelskammer München. Von <https://www.bavarikon.de/object/bav:BSB-MDZ-00000BSB00013255?lang=de> abgerufen
- Huber, P. (17. April 2019). *Als die Kommunisten nach der Macht in Österreich griffen*. Von Die Presse: <https://www.diepresse.com/5613564/als-die-kommunisten-nach-der-macht-in-oesterreich-griffen> abgerufen
- Hul, M. (19. September 2019). *Erich Mühsam: Freiheit, Tag für Tag*. Von Neue Wege: <https://www.neuewege.ch/erich-muehsam-freiheit-tag-fuer-tag?search=Geldkritik> abgerufen
- Janeke, K. (3. November 2017). *Die Russische Revolution*. Von Lemo Lebendiges Museum Online: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg/kriegsverlauf/russische-revolution.html> abgerufen
- Johannes, B. (29. August 2005). *Russische Emigranten in Bayern, 1918-1945*. Von Bavarikon: <https://www.bavarikon.de/object/bav:BSB-HLB-00000000HLB44706> abgerufen
- Jorio, M. (November 2018). Schweiz in der Krise – Landesstreik 1918. *Die Volkswirtschaft*, S. 47.
- Kästli, T. (1995). *Ernst Nobs: Vom Bürgerschreck zu Bundesrat – Ein politisches Leben*. Zürich: Orell Füssli.

- Kellerhoff, S. F. (15. Februar 2022). „*Ich habe Württemberg und der Schweiz den Krieg erklärt*“. Von Welt.de: <https://www.welt.de/geschichte/article236917085/Politik-paradox-Vom-Ministerium-direkt-in-die-Psychiatrie.html> abgerufen
- Kieser, B. (kein Datum). *Der Landesstreik 1918 in Zürich und der Schweiz*. Von Stadt Zürich Präsidialdepartement: https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtarchiv/bilder_u_texte/geschichte-vor-ort/Landesstreik-1918.html abgerufen
- Knupfer, G. (10. Juni 2015). *Kriegsabgabe: Warum wir Bundessteuer zahlen*. Von Handelszeitung: <https://www.handelszeitung.ch/politik/kriegsabgabe-warum-wir-bundessteuer-zahlen-796009> abgerufen
- Koenen, G. (1. Oktober 217). *Das Gespenst in Europa*. Von Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte: <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/das-gespenst-in-europa-2492/> abgerufen
- Koller, C. (9. November 2018). *100 Jahre Erinnerung an den Landesstreik – ein Schweizer Spiegel*. Von Schweizerisches Sozialarchiv: <https://www.sozialarchiv.ch/2018/11/09/100-jahre-erinnerung-an-den-landesstreik-ein-schweizerspiegel/> abgerufen
- Koller, C. (17. Juli 2019). *Vor 100 Jahren: Die Paramilitarisierung Europas und die Schweiz*. Von Schweizerisches Sozialarchiv: <https://www.sozialarchiv.ch/2019/07/17/vor-100-jahren-die-paramilitarisierung-europas-und-die-schweiz/> abgerufen
- Kosert, O. (27. Juni 2010). *Allein gegen alle*. Von Deutschlandfunk Kultur: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/allein-gegen-alle-166.html> abgerufen
- Marx, K., & Engels, F. (1890). Manifest der Kommunistischen Partei. In K. Marx, & F. Engels, *Das kommunistische Manifest* (S. 75). Anaconda.
- Mugrauer, M. (2013). *Die Kommunistische Partei Österreichs: Zum Stand der Forschung über die Geschichte der KPÖ*. Von Kommunismusgeschichte.de: <https://www.kommunismusgeschichte.de/jhk/jhk-2013/article/detail/die-kommunistische-partei-oesterreichs-zum-stand-der-forschung-ueber-die-geschichte-der-kpoe> abgerufen
- Petras, D. (2008). *Petras, Die Vorarlberger Frage*. (historia.scribere, Hrsg.) Von historia.scribere: [file:///C:/Users/41791/Dropbox/Mein%20PC%20\(DESKTOP-TH0C9OS\)/Downloads/2380-2952-1-PB%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/41791/Dropbox/Mein%20PC%20(DESKTOP-TH0C9OS)/Downloads/2380-2952-1-PB%20(1).pdf) abgerufen
- Pils, M. (16. Juni 2007). Karl Renner Naturfreund und Europäer. *Karl Renner – Naturfreund und Europäer : [gesammelte Vorträge des Internationalen Symposiums „Dr. Karl Renner Naturfreund und Europäer“*, 12. Berlin, Berlin, Deutschland: Naturfreunde Internationale.
- Rothe, K. (16. März 2019). *Schweizer Hilfe gegen den drohenden Hungertod in Österreich*. Von Wiener Zeitung: <https://www.wienerzeitung.at/themen/100-jahre-republik/100-jahre-republik-tagebuch/2001666-Schweizer-Hilfe-gegen-den-drohenden-Hungertod-in-Oesterreich.html> abgerufen
- Sandner, G. (2018). Sozialdemokratie in Österreich. *Sozialdemokratie in Österreich*, 24. Wien, Wien, Österreich: Karl-Renner-Institut. Von chrome-extension://efaidnbmninnibpcajpcglclefindmkaj/<https://homepage.univie.ac.at/guenther.sandner/sites/default/files/2018%20sozialdemokratie.pdf> abgerufen
- Schaupp, S. (2018). Der kurze Frühling der Räterepublik – Ein Tagebuch der bayerischen Revolution. In S. Schaupp, *Der kurze Frühling der Räterepublik – Ein Tagebuch der bayerischen Revolution* (S. 171-172). Unrast.

- Schmid, S. (14. Juli 2022). *Auf Wiedersehen, Reto Voneschen! Unser St.Galler Stadt-Tickerer geht in Pension – die Würdigung*. Von Tagblatt:
<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/abschied-auf-wiedersehen-reto-voneschen-unser-stgaller-stadt-tickerer-geht-in-pension-ld.2317183> abgerufen
- Schubert, K., & Klein, M. (2020). *Revolution*. Von Bundeszentrale für politische Bildung (bpb):
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18147/revolution/> abgerufen
- Schubert, K., & Klein, M. (2021). *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz. Von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18147/revolution/> abgerufen
- Schweizerische Eidgenossenschaft (Bundeskanzlei BK). (25. August 2022). *Vorlage Nr. 79*. Von Schweizerische Eidgenossenschaft:
<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/19190504/det79.html> abgerufen
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB. (kein Datum). *Stenogramm Landesstreikprozess*. Von Generalstreik / Crève générale / Sciopero generale:
<https://www.generalstreik.ch/landesstreikprozess/> abgerufen
- SPÖ. (kein Datum). *Regierung, Opposition und Illegalität*. Von Rot Bewegt:
<https://rotbewegt.at/epoche/1918-1933> abgerufen
- SPÖ Wien. (kein Datum). *Austromarxismus*. Von dasrotewien.at:
<http://www.dasrotewien.at/seite/austromarxismus> abgerufen
- Stadt Wien. (23. Januar 2020). *Rätebewegung*. Von Wien Geschichte Wiki:
<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/R%C3%A4tebewegung> abgerufen
- Stangl, A. (kein Datum). *Der 12. November 1918*. Von Der erste Weltkrieg:
<https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/der-12-november-1918> abgerufen
- Steininger, R. (11. Mai 2006). *Anschlusspläne Österreichs und österreichischer Bundesländer nach 1918*. Von Historisches Lexikon Bayerns: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Anschlusspl%C3%A4ne_%C3%96sterreichs_und_%C3%B6sterreichischer_Bundesl%C3%A4nder_nach_1918#Die_Rolle_Bayerns abgerufen
- Thoß, B. (10. September 2012). *Freikorps*. Von Historisches Lexikon Bayerns:
<https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps#:~:text=Bewaffnete%20Freiwilligenverb%C3%A4nde%20au%C3%9Ferhalb%20des%20Heeres,sich%20rasch%20als%20innenpolitischer%20Machtfaktor.> abgerufen
- Traub, R. (24. September 2013). *Der Sündenfall der SPD*. Von Spiegel Online:
<https://www.spiegel.de/geschichte/spd-im-ersten-weltkrieg-wie-es-zur-kriegskredite-zustimmung-kam-a-976886.html> abgerufen
- Weimarer Republik e.V. (kein Datum). *Die Chronik der Weimarer Republik*. Von Die Weimarer Republik – Deutschlands erste Demokratie: <https://www.weimarer-republik.net/themenportal/chronik-1918-bis-1933/1919/> abgerufen

7 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Archivrecherche in der Bibliothek Hauptpost.....	1
Abbildung 2 Ostschweiz in Mikroform	1
Abbildung 3 Truppen der roten Garde am Münchner Hauptbahnhof ²⁷	1
Abbildung 4 Agenturmeldung.....	5
Abbildung 5 Telegrammmeldung	5
Abbildung 6 Übernahme	5
Abbildung 7 Front der Volksstimme zum 1. Mai 1919	7
Abbildung 8 Beispiel für eine Front der Ostschweiz	10
Abbildung 9 Die Ostschweiz über die Beziehungen zwischen der Entente und Deutsch-Österreich....	17
Abbildung 10 Die Ostschweiz über eine mögliche Revolution in der Schweiz	20
Abbildung 11 Die Ostschweiz über eine gescheiterte Revolution in Holland	20
Abbildung 12 Die Volksstimme über den Generalstreik	22
Abbildung 13 Reklame für Propaganda in der Volksstimme	26
Abbildung 14 Symbol vor einem Artikel.....	36

²⁷ Bild: Bayerisches Hauptstaatsarchiv

8 Anhang A: Interview mit Christian Koller

In der konservativen Zeitung «Ostschweiz» wurde immer wieder vom Bolschewismus in der Schweiz gewarnt. Gab es in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Akteure, die mit dem Rätssystem liebäugelten? Und war eine bolschewistische Revolution in der Schweiz möglich?

Christian Koller: Die Vorstellung, es habe sich beim Landesstreik um einen Revolutionsversuch gehandelt, war damals in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Archivquellen zugänglich wurden, konnte sie von der Geschichtsforschung definitiv widerlegt werden. Das Rätssystem hatte aber im äussersten linken Flügel der SP durchaus Anhänger. Diese Kreise spalteten sich zwischen 1918 und 1921 zu einem grossen Teil von der SP ab und bildeten die neu gegründete Kommunistische Partei der Schweiz. Im linken Zentrum der SP um Robert Grimm war das Rätssystem programmatisch eine Organisationsform, die in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zum Tragen kommen könnte, in der Gegenwart aber nicht eingeführt werden sollte. Dabei war aber an ein anderes Rätssystem als in Sowjetrußland gedacht. Der rechte Parteiflügel lehnte das Rätssystem mehrheitlich ganz ab.

Die St. Galler sozialdemokratische Zeitung «Volksstimme» kritisierte den Bolschewismus in den Reihen der SP, bekannte sich zur Demokratie und lehnten das Rätssystem ab. Waren die St. Galler Sozialdemokraten weniger radikal als zum Beispiel ihre Berner Genossen?

Es gab in der SP sowohl zwischen den einzelnen Kantonalparteien als auch innerhalb derselben Flügelkämpfe. Tendenziell standen während und nach dem Landesstreik die SP-Sektionen in den Grossstädten der Deutschschweiz stärker links als in anderen Regionen.

Statt des Wortes «Kommunismus» schrieben beide Zeitungen häufig «Bolschewismus». Warum war das so?

Der Begriff «Bolschewismus» bezog sich schon vor dem Ersten Weltkrieg auf den Lenin-Flügel des russischen Sozialismus und wurde nach der Oktoberrevolution auch auf linksradikale Kräfte anderer Länder übertragen. Der Begriff «Kommunismus» (der ja bereits im «Manifest der Kommunistischen Partei» von Marx/Engels 1848 auftaucht), war bis Ende des Ersten Weltkriegs in der politischen Sprache etwas in den Hintergrund getreten und wurde erst um 1920 mit dem Entstehen neuer kommunistischer Parteien in verschiedenen Ländern und der Umbenennung der russischen Bolschewisten in Kommunisten dominant.

Die konservative «Ostschweiz» tat ihrer Sorge oft kund, eine Folge der bayerischen Räterepublik wäre eine kommunistische Revolution im Vorarlberg. Damit wäre der Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz in Gefahr gewesen. Aber war diese Sorge so berechtigt?

In Vorarlberg war die Arbeiterbewegung relativ schwach. Eine kommunistische Revolution war keine reale Möglichkeit, es gab aber 1918/19 aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage schon verschiedene Protestbewegungen aus der Arbeiterschaft.

Warum waren die konservativen Christsozialen für einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz?

Nach dem Auseinanderbrechen der Habsburgermonarchie strebten die deutschsprachigen Teile («Deutsch-Österreich») zunächst mehrheitlich eine Vereinigung mit Deutschland an, was von den Siegermächten des Weltkriegs aber untersagt wurde. Dadurch entstand ein Kleinstaat mit der Hauptstadt Wien als von den Sozialdemokraten beherrschtem «Wasserkopf». Für die Vorarlberger Christlichsozialen schien dieser neue Staat aus politischen wie auch wirtschaftlichen und kulturellen Gründen wenig attraktiv, aber auch ein Anschluss an den Kriegsverlierer Deutschland mit seinen verschiedenen revolutionären Bewegungen war für die meisten von ihnen keine wünschenswerte

Option. Ein Anschluss an die durch politische und wirtschaftliche Stabilität geprägte Schweiz erschien da erheblich attraktiver.

Warum berichtete die sozialdemokratische «Volksstimme» zurückhaltender über die bayerische Räterepublik berichten als die katholische «Ostschweiz»?

Innerhalb der SP gab es am linken Flügel durchaus Gruppen mit Sympathien für die bayerische Räterepublik, obwohl sich diese gegen die sozialdemokratisch geführten Regierungen Bayerns und des Reiches stellte. Eine eindeutige Stellungnahme war in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz damit schwierig.

Welche unmittelbaren Auswirkungen hatte die bayerische Räterepublik auf die Schweiz? Es finden sich nur Meldungen zum Bahnverkehr oder Auslandsschweizern in Not. Einzig vor der Ideologie, die auf die Schweiz überschwappen könnte, wurde intensiv gewarnt.

Die Räterepublik hatte auf die Schweiz keine grossen Auswirkungen, auch wenn sie bis nach Lindau reichte. Es gab aber verschiedene Schweizerinnen und Schweizer, die vor Ort unmittelbar in die Geschehnisse involviert waren (z.B. Anny Klawa-Morf). Die Revolutionsfurcht im Schweizer Bürgertum wurde dadurch gesteigert, dass es zeitgleich zur Räterepublik in Bayern ja auch noch eine Räterepublik in Ungarn gab, die etwas länger Bestand hatte.

Angeblich hat der Aussenminister der Räterepublik der Schweiz den Krieg erklärt, weil sie der Räterepublik keine Lokomotiven ausleihen wollte; warum lese ich davon nichts in den damaligen Zeitungen?

Die Episode war wohl zu kurzlebig.

Wie stark waren die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Schweiz? Schliesslich war Deutschland damals der wichtigste Handelspartner

Seit dem Kriegsende war die deutsche Wirtschaft und damit auch die Handelsbeziehungen zur Schweiz im Zuge der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft unter chaotischen Bedingungen ohnehin stark erschüttert. Wie stark dazu die Episode der bayerischen Räterepublik beigetragen hat, ist schwierig abzuschätzen.

Prof. Dr. Christian Koller, Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich, schriftliches Interview, 6. September 2022

9 Anhang B: Interview mit Mike Meissner

Wenn damals etwas im Ausland geschah, hat man oft aus ausländischen Zeitungen zitiert. War das überhaupt erlaubt, bzw. waren solche Übernahmen kostenpflichtig?

Das war m. W. gang und gäbe. Sie müssen sich vorstellen, dass das häufig die einzigen frei zugänglichen Informationsquellen waren. Zitate sind ja grundsätzlich frei, sofern die Quelle benannt ist, nicht erlaubt (aber auch nicht selten) war der komplette Abdruck von Beiträgen.

Die sozialdemokratische Zeitung erschien einmal täglich, die katholisch-konservative Zeitung zweimal täglich. Was sagt das allgemein, vor allem aber über die Qualität der beiden Blätter aus?

Die Periodizität sagt zunächst einmal nichts über die Qualität aus. In dieser Zeit war ein zwei- manchmal sogar dreimaliges (v.a. in Großstädten) Erscheinen pro Tag üblich. Auch hier müssen Sie sich vorstellen, dass es noch keine Abendnachrichten im Fernsehen gab (weil es das Fernsehen noch nicht gab) und sich der Hörfunk erst entwickelte und zuerst auch keine Nachrichten bringen durfte. Das einmalige Erscheinen des sozialdemokratischen Blattes zeigt am ehesten an, dass hier weniger Geld zur Verfügung stand, weil der Druck von zwei Ausgaben am Tag natürlich auch teurer war.

Die «Volksstimme» stand der SP sehr nah, die «Ostschweiz» der damaligen CVP. Warum hatte damals jede Partei ihr eigenes Blatt? Heute spricht man im Zusammenhang mit Medien doch von der vierten Gewalt. Warum war diese Trennung damals noch nicht gegeben?

Dazu verweise ich gern auf unser Lehrbuch (S. 87f.). Im Prinzip ermöglichten die politischen Entwicklungen im 19. Jh., in erster Linie die Einführung einer allg. Pressefreiheit, dass sich jede/r frei zu allen Themen äussern konnte. Dies bewirkte den Aufschwung der sog. Meinungspressen. Zum Teil entstanden die Parteien dann auch direkt aus dem Kreis von Zeitungsherausgebern, später wurden Zeitungen von Parteien unterstützt oder direkt von den Parteien herausgegeben. Das wäre noch zu prüfen, also ob die Zeitungen direkt den Parteien gehörten oder ihnen «nur» nahestanden. Auch als Reaktion auf das Überhandnehmen der Parteipresse entstanden am Ende des 19. Jh. dann auch die sog. Generalanzeiger, die – zumindest programmatisch – unparteilich waren. Aber auch dort gab es natürlich (auch politische) Interessen.

Weshalb hat man im Jahr 1919 keine sichtliche Trennung zwischen neutralen Artikeln und solchen, die kommentierend sind, gemacht?

Diese sehr klare Trennung gab es vor der Parteipresse und z. T. auch innerhalb derer durchaus; schauen Sie mal, ob es nicht auch so etwas wie «Räsonnement» o. ä. gibt, das wären dann klare Kommentare. Auch der Leitartikel auf der ersten Seite ist stets als Kommentar zu verstehen.

Was bedeutet der Verweis «Privattelegramm»? Ab und zu gibt es auch den Verweis «Privattelefon»

Dabei dürfte es sich um ein Telegramm oder eine telefonische Nachricht handeln, die eine Privatperson (oder ggf. auch Organisation) mitgeteilt hat. Es handelt sich also nicht um einen journalistischen Bericht, sondern einen Text, den wir heute evtl. auch als PR-Text oder Gastkommentar (je nachdem) bezeichnen würden.

Warum liest man nie die Namen der Redaktoren?

Das liegt an dem Prinzip der Anonymität in der Presse, welches noch relativ lange aufrechterhalten wurde. Ursprünglich gab es dieses, damit einzelne Autoren keine Verfolgung durch staatliche Organe fürchten mussten. Dafür gab es einen verantwortlichen Redakteur, der dann ggf. strafrechtlich belangt werden konnte und wurde.

Was könnte dieses Dreieck bedeuten? (Generell findet man auch bei einigen Leitartikeln solche unterschiedlichen Symbole)

Dabei dürfte es sich um ein Kürzel eines Redaktors handeln. So wie auch heute z. T. solche Kürzel gibt, die im Impressum aufgelöst werden, gab es das auch damals, sozusagen als erste Versuche sich von der Anonymität abzuwenden. Regelmässige und aufmerksame Leser*innen dürften trotz der Verschlüsselung gewusst haben, wer der Verfasser oder die Verfasserin des Beitrags gewesen ist.



Abbildung 14 Symbol vor einem Artikel

Mike Meissner, Doktorand am Departement für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung DCM an der Universität Freiburg, schriftliches Interview, 02. September 2022

10 Anhang C: Protokoll

2021:

- OneNote-Seite erstellt für Brainstorming
- Internetrecherche nach geeigneten Zeitungen

Januar/Februar 2022:

- Anfrage beim Verlegerverband Schweizer Medien für Vermittlung einer Expertin oder eines Experten
- Anfrage beim Newsportal *Die Ostschweiz* wegen Archivbeständen
- Anfrage beim Staatsarchiv St. Gallen wegen Archivbeständen
 - Hatten nicht alle Ausgaben der *Volksstimme*
- Anfrage bei der Bibliothek Hauptpost wegen Archivbeständen der *Volksstimme*
 - Stellten mir alle benötigten Ausgaben zur Verfügung

März 2022:

- Anfrage beim Sekretariat des *St. Galler Tagblatts*, wegen alter Ausgaben der *Ostschweiz*
 - Keine Archivbestände der *Ostschweiz* vorhanden
- Erstellung der Disposition
- Anfrage bei der Bibliothek Hauptpost wegen Archivbeständen der *Ostschweiz*
 - Stellten mir alle benötigten Ausgaben zur Verfügung
- Erfassung aller Seiten der *Volksstimme* und der *Ostschweiz* in der Bibliothek Hauptpost (Fotos, Scans, etc.)
- Kauf des Buchs «Der kurze Frühling der Räterepublik»
- Nachfrage beim Institut für Bayerische Geschichte, wie bei der Untersuchung vorgegangen werden sollte
- Zoom-Meeting mit Matthias Bischel vom Institut für Bayerische Geschichte
 - Herr Bischel gab mir unter anderem den Tipp, den Untersuchungszeitraum stärker einzuschränken

Juni 2022:

- Ergänzung der Disposition
- Erneute Besichtigung der *Volksstimme* und der *Ostschweiz*
 - Zur Kontrolle
- Schreiben der Einleitung

Juli 2022:

- Beginn der Untersuchung aller *Volksstimme*-Seiten vom 7. April bis zum 12. Mai 1919
- Beginn der Untersuchung aller *Ostschweiz*-Seiten vom 7. April bis zum 12. Mai 1919
- Parallel intensive Internetrecherche zu geschichtlichen Hintergründen
- Kontaktaufnahme mit Mike Meissner von der Universität Freiburg (M. A., Doktorand / Doctorant Universität Freiburg/Université de Fribourg Département für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung DCM), um Fragen zu Telegrammmeldungen zu stellen

August 2022:

- Kontaktaufnahme mit Christian Koller von der Universität Zürich (Prof. Dr., FRHistS, Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit), um Fragen zu geschichtlichen Hintergründen zu stellen
- Fragenkatalog an Christian Koller und Mike Meissner geschickt
- Fertigstellung der Untersuchung
- Analoge Übersicht aller Artikel erstellt, die für den schriftlichen Teil relevant sind
- Letzter Feinschliff der Disposition

September 2022:

- Fertigstellung der Einleitung, Beginn am eigentlichen schriftlichen Teil
- Erneute intensive Recherche mit verschiedenen Quellen (Bücher, Internet, Zeitschriften)
- Mailkontakt mit Christian Koller und Mike Meissner → Antworten erhalten
- Anfrage beim Historiker Prof. Caspar Hirschi (HSG) wegen Beantwortung weiterer Fragen.
 - Wurde von ihm an den Historiker Prof. Sacha Zala (Uni Bern) weiterverwiesen
- Gestaltung des Titelblatts

Oktober 2022:

- Antwort von Janick Rüttimann, einem Mitarbeiter von Sacha Zala
- Fertigstellung des schriftlichen Teils

November 2022:

- Abgabe eines Probekapitels

Januar 2023:

- Letzter Feinschliff an der Maturaarbeit
- Abgabe der Maturaarbeit

Erklärung

Der Unterzeichnende bestätigt mit seiner Unterschrift, dass die Arbeit selbständig verfasst und in schriftliche Form gebracht worden ist, dass sich die Mitwirkung anderer Personen auf Beratung und Korrekturlesen beschränkt hat und dass alle verwendeten Unterlagen und Gewährspersonen aufgeführt sind.

Datum:

Unterschrift: